



Fusionsfieber stoppen - Jobkiller enteignen!

In der Wirtschaftswelt grassiert die Fusionitis. Täglich kommen neue Meldungen wer mit wem fusioniert oder welchen Konzern übernimmt.

Rene Henze, Rostock

Die Manager in den Konzernzentralen machen, was sie wollen. Sie kaufen ganze Konzerne und Banken wie unsereins eine Packung Taschentücher. Für ihr Firmen-Monopoly haben sie Milliarden gebunkert.

Wenn aber die Beschäftigten ein bisschen mehr Lohn haben wollen, wenn wir Geld für'n Jugendclub oder für bessere Bildung fordern, dann erklären uns die regierenden Politiker aller Couleur: es muss gespart werden, es ist kein Geld da. Dass das eine Lüge ist, machen die Rekordgewinne der Unternehmen deutlich. Aber die großen Konzerne zahlen kaum oder gar keine Steuern.

Den Wirtschaftsbossen geht es nur darum, noch mehr Profit für eine Handvoll Aktionäre zu scheffeln. Dabei werden sie von der Regierung unterstützt. Es ist ihnen egal, welche Auswirkungen dies hat. Der Arbeitsplatzabbau bei Fusionen gilt als „normal“. 16.000 KollegInnen bei der Deutschen Bank und Dresdner Bank werden wegrationalisiert.

Entlasst die Bosse – bevor sie uns entlassen

Nicht die KollegInnen gehören entlassen, sondern die Bosse. Denn Fakt ist doch: die da Oben haben ihren Reichtum nicht durch ehrliche Arbeit erworben. Wir KollegInnen

und Kollegen sind es schließlich, die die ganzen Werte erschaffen - doch die Bosse stecken sich den Reichtum ein. Dem ehemaligen Manager von Mannesmann werden 60 Millionen gezahlt - für einen „gesicherten“ Lebensabend. Beim Großteil der Bevölkerung werden der Reallohn oder die Rente immer weniger.

Deutsche Bank – in Volkes Hand

Dem Fusions- und Kürzungsfieber kann nicht durch Stillhalten und Abwarten begegnet werden. Nur der gemeinsame und entschiedene Kampf der Betroffenen kann das was ändern. Als die Holzmann-KollegInnen im Dezember letzten Jahres vor die Deutsche Bank zogen riefen einige: „Deutsche Bank - in Volkes Hand!“. Sie hatten mehr als recht. Der einzige Weg, die Wirtschaft „in den Griff“ zu kriegen, ist: die großen Banken, Konzerne und ihren gigantischen Reichtum in öffentliches Eigentum zu überführen und unter demokratische Kontrolle zu stellen. Das ist die einzige Garantie, dass nicht mehr nach Profitinteressen einiger weniger, sondern nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung entschieden wird.

Solche „ketzerischen“ Ideen werden wir wohl kaum von den etablierten Parteien hören. (Klar sie erhalten ja auch die schwarzen Koffer von der Wirtschaft).

Für die Idee eines besseren, gerechten Lebens ohne Zukunftsangst müssen wir uns selbst einsetzen.

Alle, die genug von der Profitgier der Banken und Konzerne haben, sind aufgerufen in der SAV aktiv zu werden.

(Siehe auch Seite 2, „Standpunkt“)

Zahlen über Gewinne und geplante Arbeitsplatzvernichtung soweit in den letzten Monaten bekannt geworden. Kein Anspruch auf Vollständigkeit:

Gewinne 1999

Daimler-Chrysler

21,5 Milliarden DM Betriebsgewinn (plus 28%),

Bayer

4 Milliarden DM Konzerngewinn (plus 24%)

BASF

4 Milliarden DM

Allianz

4,3 Milliarden DM (plus 10%)

Deutsche Bank

5,2 Milliarden DM (plus 50%)

Dresdner Bank

4,2 Milliarden DM (plus 60%)

Mannesmann

3,8 Milliarden DM (plus 37%)

Thyssen-Krupp

1,2 Milliarden

Lufthansa

1,9 Milliarden

Continental 1Milliarden (plus 34%)

Arbeitsplatzvernichtung

Deutsche Bank/Dresdner Bank

16.500 Stellen durch Fusion

RWE/VEW

3.200 Stellen nach Angaben des Unternehmens, 10.000 Stellen nach ÖTV-Angaben

Holzmann

3.800 Stellen

Veba/Viag

7.800 Stellen

Opel

7.000 Stellen bis Ende 2004

Philips, Aachen

540 Stellen bis Ende 2000

Adranz

3.000 Stellen bis Ende 2002

Thyssen-Krupp

20.000 Stellen

Nestle

1000 Stellen

Phoenix 300 Stellen

PDS
Programmdiskussion

Seite 3

Tarifrunde

Seite 4

Planwirtschaft oder
Marktwirtschaft?

Seiten 6 und 7

Protest gegen Haider
geht weiter

Seite 9

Einlaß nach Nützlichkeit

Die Bundesregierung hat beschlossen, noch in diesem Jahr 20000 Fachkräfte der IT-Branche (IT, Abk. für Informationstechnologie) aus Nicht-EU-Ländern gezielt anzuwerben und ihnen eine auf fünf Jahre befristete Arbeitsgenehmigung (Greencard) zu erteilen. Werbewirksam verkündete dies Schröder auf der CeBit um seinen Unternehmerfreunden persönlich eine Freude zu bereiten. Vorausgegangen war ein großes Jammern der Industrie: Der boomenden Internetbranche würden zehntausende Spezialisten fehlen und auf die Schnelle seien auch keine entsprechend qualifizierten arbeitslose Fachleute zu bekommen.

Torsten Sting

Abgesehen davon, dass höchst unterschiedliche Zahlen umhergeistern, stellt sich doch eine Frage: Wenn es Fach-

kräftemangel gibt, warum eigentlich?

Kurzfristiges Profitdenken

Dies ist schlicht auf das kurzfristige, profitorientierte Denken der Kapitalisten zurückzuführen. Es zeigt sich jetzt, dass die Unternehmer der IT-Branche über Jahre hinweg zuwenig ausgebildet haben. Zum Einen, da die Ausmaße des Booms unterschätzt wurden, zum Anderen um dadurch Kosten für die Ausbildung zu sparen. Laut IG Metall sind rund 32000 EDV-Fachleute arbeitslos, dazu 56000 Ingenieure aller Fachrichtungen.

Lohndrückerei

Mit der Anwerbung ausländischer Fachkräfte soll jetzt auf billige Art und Weise dieser Mißstand beseitigt werden. Zudem besteht die Gefahr,

dass diese Kollegen zur Senkung des Lohnniveaus ausgenutzt werden können. Schon macht die korrupte CDU rassistische Stimmung gegen die „Gastarbeiter“. SPD, Grüne und FDP, die einer kontrollierten Einwanderung das Wort reden, beweisen mit dieser Aktion ihre Scheinheiligkeit gegenüber AusländerInnen: Ausländer sind gut, wenn sie „nützlich“ sind. Werden Kurden mit Waffen von Thyssen verfolgt oder türkische Gewerkschafter unterdrückt und suchen Schutz in Deutschland, so „mißbrauchen sie das Asylrecht“.

Die Politik von rot-grün dient ausschließlich dem Profitinteresse der Konzerne. Wir wollen keine Ausländerpolitik, die von der privaten Wirtschaft diktiert wird.

Wir fordern: gleiche Rechte für alle und gleichen Lohn für gleiche Arbeit.



Auf die Zukunft pokern

Time-Warner-Boss Levin versucht uns klarzumachen: „Die Möglichkeiten sind grenzenlos für jedermann“. Er bezieht sich auf die Vorteile, die dem Kunden angeblich durch die Mega-Fusion des weltgrößten Medienimperiums Time-Warner mit dem größten Internet-Onlinedienst der Welt AOL (American Online) entstehen. Mit dem Zusammenschluss soll ein Medienimperium geschaffen werden, in dem traditionelle Medien mit dem Internetmedium verbunden werden.

Lucy Reedler, Hamburg

Die Financial Times vom 7.2.00 schreibt dazu: „Die Kombination von Time-Warner und AOL schafft geographische Reichweite und finanzielle Macht... Herr Levin möchte nun ein weltweites Geschäft aufbauen... Er hat nicht seinen letzten Deal gemacht.“ Wer sich hier im Vordergrund Vorteile geschaffen hat, steht also erst mal außer Frage. Time Warner, das weltweit größte Medienunternehmen (Film, Fernsehen, Nachrichten, Magazine, Musik) bedient allein 120 Millionen Magazinleser und besitzt 32 verschiedene Zeitschriften. AOL dagegen steuert dem neuen Unternehmen 22 Millionen Onlinenutzer bei. Durch den Zusammenschluss hat AOL zum Beispiel die Möglichkeit, nicht nur das Telefonnetz, sondern auch Warners Breitbandkabel zu nutzen. Time Warner dagegen profitiert besonders vom

schnellen Online-Massenmarkt.

Klein schluckt Groß?

Eine neue Qualität bekommt die „Fusion“ dadurch, dass das kleinere Unternehmen AOL den Giganten Time-Warner faktisch übernommen hat. AOL wird 55% der Anteile am neuen Unternehmen erhalten, während es nur 15% zum gemeinsamen Umsatz beiträgt und nur 20% der Einnahmen stellt. Der Grund liegt darin, dass bei Fusionen und Übernahmen nicht mehr alte Bewertungsmaßstäbe wie die Wertschöpfung eines Unternehmens zählen. Statt dessen gelten völlig überbewertete Aktienkurse: AOL wurde vor der Fusion mit 164 Mrd.\$, Time-Warner dagegen nur mit 83 Milliarden \$ bewertet. Die Internet-Firma Yahoo (1200 Beschäftigte) wird an der Börse höher gehandelt als VW, Veba, BASF, Metro und Lufthansa (563.000 Beschäftigte) zusammen.

Massive Überbewertung

Die völlig von der Realwirtschaft und wirklichen Produktionskapazität abgekoppelten Börsenwerte sind nur mit besonderen Erwartungen der Anleger in gewaltige Zukunftschancen einer neuen Wirtschaftswelt mit Internet, Telekommunikation und Computern zu begründen. Auf diese Weise entstehen auf dem Börsenmarkt riesige finanzielle Seifenblasen, die keinen realen Gegenwert haben und die, die Finanzkraft kleinerer (vermeintlich) zukunftssträchti-

ger Firmen gegenüber größeren etablierten Konzernen erhöhen. Unternehmen, die vor Jahren noch niemand kannte, die noch nie schwarze Zahlen geschrieben haben, wie der Onlinedienst Amazon oder die Internetsuchmaschine Yahoo! sind auf einmal in der Lage, in Zukunft eventuell Großkonzerne wie Sears (Versand) oder auch Disney zu übernehmen. Ein Börsencrash wird aufgrund der massiven Überbewertung schwerwiegendere Folgen auf die Realökonomie haben als bisher angenommen.

Vorteile für den Kunden?

Verlierer sind die ArbeitnehmerInnen, die durch einen Zusammenbruch überbewerteter Unternehmen massenweise ihre Jobs verlieren wie dies zum Beispiel 1929 der Fall war. Ob der Kunde kurzfristige Preisvorteile haben wird, ist auch noch nicht klar. Sicher ist nur, dass immer größer werdende Mediengiganten immer schwerer beherrschbar werden. Sie bestimmen, welcher Inhalt uns zu interessieren hat. Die wirklichen Vorteile eines unkommerziellen, unabhängigen Internets, welches uns allen einfach zum Austausch zur Verfügung steht, werden immer geringer. Deshalb sind wir gegen ein kommerzialisiertes Netz, welches nur im Profitinteresse einzelner steht, und auch gegen eine Netzpolizei. Stattdessen müssen die Nutzer auf der ganzen Welt ihr Netz selbst gestalten.

unser standpunkt

Fusionen: Gnadenloser Konkurrenzkampf

Daimler übernahm zuerst Chrysler, jetzt steigt DaimlerChrysler bei Mitsubishi ein, Vodafone Airtouch schluckte Mannesmann, die Deutsche Bank übernimmt die Dresdner Bank, RWE droht eine feindliche Übernahme... Ein Ende der Megafusionen ist nicht in Sicht. Was treibt die Fusionswelle an? Wohin rollt sie?

Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 befindet sich der Kapitalismus in einer Depressionsperiode: Schwache Wirtschaftsaufschwünge werden alle paar Jahre von Krisen unterbrochen. Von Mal zu Mal steigt die Arbeitslosigkeit in Europa weiter, Löhne und Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Der Grund dafür ist, dass die Kapitalisten einen immer kleiner werdenden Teil ihrer Profite für Investitionen zur Erweiterung der Produktion nutzen, weil kaum profitable Absatzmöglichkeiten für weitere Produkte in Sicht sind. Da sie gleichzeitig, dank Lohnzurückhaltung, im Geld schwimmen, spekulieren sie an den Börsen oder kaufen andere Firmen auf. Durch solche Aufkäufe können oft Kosten eingespart und damit die Profite erhöht werden, z.B. indem Parallelstrukturen abgebaut werden (also Bereiche, die in beiden Firmen vorhanden waren und nur noch einmal gebraucht werden). Zur Kostensparung beschränken sich die Konzerne oft auf ihr Kerngeschäft, auf den Bereich, in dem sie die meiste Forschung betreiben, die beste Position auf dem Markt haben und daher die größten Profite machen. Damit durch diese Beschränkung der Umsatz und die Profite nicht fallen, versuchen sie in dieser Sparte dann in möglichst allen Ländern auf allen Kontinenten mitzumischen („Global Player“). Dazu dienen interkontinentale Fusionen (wie die von Daimler und Chrysler) und Kooperationen.

Kettenreaktion

Es gibt Fusionswellen zur Vorbereitung oder Reaktion auf Änderungen des Marktes. Die Schaffung des EU-Binnenmarkt Anfang der neunziger Jahre erleichterte beispielsweise den Marktzugang im Ausland und verschärfte den Konkurrenzkampf. Auch Wirtschaftskrisen, wie z.B. die im Sommer 1997 in Südostasien begonnene Rezession, verschärfen den Konkurrenzkampf, weil sie die Nachfrage senken. In beiden Fällen versuchen die Kapitalisten, die Kosten zu senken, um ihren Konkurrenten Marktanteile abzunehmen. Ein Mittel dabei sind eben Fusionen. Wenn ein Konkurrent fusioniert,

zwingt er die anderen oft zum Nachziehen und löst so eine Kettenreaktion aus. Im Januar 1999 kaufte Vodafone den Konkurrenten Airtouch. In den folgenden Monaten fusionierte deren US-Zweig mit Bell Atlantic, Olivetti kaufte Telecom Italia, France Telecom kaufte E-Plus, die deutsche Telekom kaufte One2One (Großbritannien), Mannesmann kaufte o.tel.o und Orange (Großbritannien) und wurde dann selbst von Vodafone Airtouch geschluckt.

Hinter der aktuellen Fusionswelle steckt auch die Angst vor einer möglichen Rezession in den USA und Europa, denn in diesem Fall gilt mehr denn je: den letzten beißen die Hunde.

Konkurrenten werden größer

Der kapitalistische Konkurrenzkampf bedeutet eine Vergeudung von Ressourcen: Produkte können nicht abgesetzt werden, Betriebe werden nicht ausgelastet, Millionen Menschen sind arbeitslos. Um konkurrenzfähig zu sein, werden Umweltschutz- und Arbeitsschutzmaßnahmen vermieden. Die Internationalisierung der Wirtschaft könnte ein Fortschritt sein: Die Produktion in größerem Umfang ermöglicht eine größere Effizienz und Spezialisierung der Betriebe. Aber die durch die Fusionen entstehenden Riesenkonzerne streben keine internationale Zusammenarbeit an. Sie überwinden den Konkurrenzkampf nicht, sondern heben ihn auf eine höhere, noch zerstörerischere Stufe weil die Konkurrenten größer werden. Der Kapitalismus verwandelt die fortschrittlichen Möglichkeiten der Großbetriebe und der Internationalisierung der Produktion in einen Horror für Menschen und Natur.

Die Rückkehr zu kleinen Betrieben ist aber weder erstrebenswert noch möglich. Sie würde eine viel niedrigere Arbeitsproduktivität bedeuten. Der Konkurrenzkampf und der Arbeitsplatz- bzw. Lohnabbau im Bereich Telekommunikation ist erst durch die Zerschlagung der staatlichen Post ermöglicht worden. Eine Re-Verstaatlichung privatisierter Betriebe und die Vergesellschaftung der Großkonzerne bei demokratischer Kontrolle und Planung durch die ArbeiterInnen ist notwendig. Nur so würde der Zusammenballung riesiger Macht in den Händen einer kleinen Minderheit von Managern, Großanlegern und Aktienfonds ein Ende bereitet. Einspareffekte würden nicht Arbeitsplätze vernichten, sondern die Arbeitsetze senken und die Verteilung der Arbeit auf alle ermöglichen.

Die Reichen werden immer reicher...

Von 1991 bis 1997 sind die Nettogewinne um 47,6% gestiegen, die Reallöhne um 7,8% gesunken und gleichzeitig wurden 2,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

In Ostdeutschland liegen die Nettolöhne aller Wirtschaftsbereiche im Durchschnitt bei einer

um 5% längeren Arbeitszeit nur bei 85% des Westlohns.

Der Nettoanteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen (Nettolohnquote) lag 1997 auf dem historischen Tiefstand von 41,9%. Die Gewinnquote bei 26,3% (Statistisches Bundesamt)

...und plündern die Staatskassen

Der Marktwert aller inländischen Aktien stieg 1999 um 38% und liegt bei über 2 Billionen Mark. Wer seine Aktien ein Jahr nach dem Erwerb wieder verkauft, muss für den Spekulationsgewinn keinen Pfennig Steuern bezahlen. Wären die Kursgewinne nach amerikanischem oder britischem Vorbild zur Aktienbesteuerung herangezogen worden, wären 1999 120 Milliarden Mark Steuern in die Staatskassen geflossen. (direkt 1/2000)

1980 wurden Löhne und Gehälter mit 28,7% und Gewinne mit 22,1% besteuert. 1998 bezahlten die abhängig Beschäftigten 35,4% Steuern auf ihre Bruttoeinkommen, die Unternehmer nur noch 8,6% auf ihre Gewinne. (Statistisches Bundesamt, DIW, direkt 1/2000)

Unternehmer können frühere Verluste mit Gewinnen verrechnen und sich so einer Besteuerung entziehen. Daimler Chrysler hor-

det z.B. 10 Milliarden Mark „Miese“. Die Verluste verrechnet es nach und nach mit Gewinnen und bekommt dadurch sogar Geld vom Finanzamt zurück. 1997 und 1998 waren das stolze 3,4 Milliarden Mark, die aus der Staatskasse an die Konzernkasse flossen. (direkt 1/2000)

Selbst bei einem 1999 erzielten Rekordgewinn von 21,5 Mrd. Betriebs- bzw. 21,1 Mrd. Konzerngewinn bezahlt Daimler keinen Pfennig Ertragssteuern.

Durch legale Steuerschlupflöcher verlieren die Finanzämter jährlich rund 130 Milliarden DM, durch illegale Steuerhinterziehung rund 190 Milliarden. (metall 10/99)

Die Wiedereinführung der von der Kohl-Regierung abgeschafften Vermögens- und Gewerbesteuer würde den Länder und Kommunen 16 Milliarden Mark einbringen. (aktuell 99)

PDS-Programmdiskussion: PDS auf SPD-Kurs

Auf dem Bundesparteitag der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) vom 7. bis 9. April entscheiden die Delegierten darüber, ob die Partei sich ein neues Programm geben soll. Schon im Vorfeld des Parteitages wurde eine Programmkommission gebildet und von der Mehrheit dieser Kommission ein umfangreiches Thesenpapier für ein neues Programm vorgelegt. Dieses Thesenpapier macht deutlich, dass Parteiführung und Programmkommission darauf aus sind, gegenüber dem Programm von 1993 einen Schwenk nach Rechts durchzuführen.

Aron Amm, Berlin

Das vorgelegte Papier knüpft an die „Zwölf Thesen für einen modernen Sozialismus - Gerechtigkeit ist modern“ an, die Gregor Gysi, Fraktionschef der PDS-Bundestagsfraktion, im letzten Sommer veröffentlichte. (Dem Buchstaben nach ist Gysis „Denkanstoß“ sogar konservativer als das gültige Grundsatzergebnis der SPD vom Berliner Parteitag 1989, das bei der SPD natürlich in irgendeiner Schublade verstaubt.)

Die neuen Thesen der Programmkommission bedeuten eine Aufgabe des sozialistischen Ziels. Der Sozialismus wird von den Autoren auf eine Bewegungsrichtung und Strömung reduziert und nicht mehr als eine grundlegend andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden. Als Lösung ausgegeben wird die „Herauslösung der Moderne aus der deformierenden Profitdominanz...“. Nur die Profitdominanz soll überwunden werden, nicht Privateigentum und Konkurrenz. Das ist der vorläufige Höhepunkt einer Richtung, die mit der Bildung der Treuhänder noch unter der Modrow-Regierung 1990 oder der Veröffentlichung des Buches von der damaligen Wirtschaftsministerin Christa Luft, „Lust am Eigentum“, schon vor langer Zeit eingeschlagen wurde.

Wie man den privaten Banken und Konzernen das Profitstreben austreiben will, bleibt das Geheimnis der PDS-Führung. Gibt es irgendeinen privaten Betrieb, der existiert, ohne nach Gewinn, nach Profit zu streben? Und mit welchem Programm will die PDS-Spitze die Megafusionen und die damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung bekämpfen? Wie will die PDS private Konzerne daran hindern, Fabriken zu schließen und Massenentlassungen vorzunehmen?

Wohin das Fehlen einer programmatischen Alternative zum Monopoly der Konzerne führt, zeigt das Beispiel der Gewerkschaftsführung bei Rover in

Großbritannien: Statt Verstaatlichung der Automobilindustrie forderten sie, James Bond solle in seinen Action-Filmen keine BMW-Autos mehr fahren.

Wohin die Absage an den Sozialismus führt, offenbart sich bei der PDS schon unmittelbar im Programmtext. Mit Vorschlägen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit oder der Möglichkeit von Kriegseinsätzen „nach Einzelfallprüfung“, laufen die Autoren den Vertretern des Neoliberalismus ins offene Messer.

Falsche Analyse der DDR

Der erste Satz im Kapitel „Geschichtliches Selbstverständnis der PDS“ lautet: „Für das historisch-politische Selbstverständnis der PDS, die 1989/90 in einem schwierigen Transformationsprozess aus der Staatspartei SED hervorging, hat die Auseinandersetzung mit der Geschichte des DDR-Sozialismus herausragende Bedeutung“. Die DDR - in der es keinen Tag Sozialismus gab -, wird von der Programmkommission nicht von links, sondern von rechts kritisiert. Kritisiert wird die „verabsolutierte Entgegensetzung von Plan und Markt.“ Das Problem in der DDR war aber nicht, dass es zu wenig Markt gab, sondern, dass es keine Demokratie gab. Zu dieser simplen Erkenntnis, die immer von der marxistischen Opposition gegen den Stalinismus vertreten wurde, kann und will sich die PDS-Führung aber nicht durchringen.

Das neue Parteiprogramm soll noch vor der Bundestagswahl im Jahr 2002 verabschiedet werden. Erklärtes Ziel ist die Beteiligung an einer SPD-geführten Regierung im Bund ab 2002. Parteivorsitzender Lothar Bisky bezeichnete SPD und PDS in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom Dezember letzten Jahres als „natürliche potenzielle politische Partner“. Mit dem neuen Programm soll die Sozialdemokratisierung der PDS theoretisch untermauert werden. Außerdem hat die Parteiführung damit vor, Erwartungen der Basis zu dämpfen und dem bürgerlichen Establishment gegenüber ihre politische Berechenbarkeit und Verlässlichkeit zu demonstrieren.

Zukunft der Partei

Die Thesen der Programmkommission sind in der Partei auf Kritik gestoßen. 3 Mitglieder der Kommission, Michael Benjamin von der „Kommunistischen Plattform“, Uwe-Jens Heuer vom „Marxistischen Forum“ und der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf haben ein Gegenpapier vorgelegt. Allerdings greift auch dieses Papier viel zu kurz und be-

schränkt sich im Wesentlichen darauf, das völlig unzureichende Parteiprogramm von 1993 zu verteidigen. Ihr „Votum zu den Thesen“ weist keine klare Analyse des Stalinismus auf, sondern spricht von einem „Sozialismus in der DDR“, in dem „es Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen gab“. Auch die Beteiligung der PDS an einer bürgerlichen Regierung wird nicht eindeutig abgelehnt.

In den meisten Kommunen, in denen die PDS in der Regierungsverantwortung steht, hat sie in den letzten Jahren Sozialabbau betrieben. In einigen Fällen arbeitet sie sogar offen mit der CDU zusammen. In Sachsen-Anhalt toleriert sie seit 1994 eine SPD-geführte Regierung.

Die PDS ist heute eine reformistische Massenpartei in Ostdeutschland, aber

an die Stelle von Reformversprechen treten nach und nach Konterreformen, da Gysi, Bisky und Co. sich gefangen sehen in den „Sachzwängen“ des real existierenden BRD-Kapitalismus.

Auf der Tagesordnung steht der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei in West- und Ostdeutschland. In den kommenden Klassenkämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau wird das immer deutlicher werden. Die abhängig Beschäftigten brauchen eine Partei, die einen konsequenten Kampf für ihre Interessen führt und dazu auch eine grundlegende Alternative zur Misere des Kapitalismus anbietet. Die Mitglieder der SAV werden Initiativen zum Aufbau einer Arbeiterpartei unterstützen und dabei für ein konsequent sozialistisches Programm kämpfen.

(Berlin, 20.3.2000)



Liegt die Zukunft der PDS links oder rechts?

Big Brother: Eine Frage der Moral?

Den Begriff „Big Brother is watching you“ prägte George Orwell mit seinem Buch „1984“, in dem er einen totalitären Überwachungsstaat beschrieb. Bei RTL 2 befanden sich zu Beginn zehn Menschen in einem zu einer WG umgebauten Container. 28 Kameras überwachen sie bis aufs Klo, 59 Mikrofone verfolgen sie bis ins Bett. 250.000 DM Prämie bekommt der/diejenige, der/die Publikumsliebhaber ist und nach 100 Tagen nicht von den anderen Bewohnern aus der WG geworfen wurde. Zusammenstöße sind gewollt; je skandalträchtiger desto besser. Der Macher John de Mol plant schon weitere Sendungen wie „Der Bus“ (Big Brother auf noch kleinerer Fläche und auf Rädern).

Wer setzt die Grenzen, fragt man/frau sich, angesichts der nach oben offenen Blödsittskala.

Die ZuschauerInnen jedenfalls nicht. Wir werden nicht gefragt, ob wir es ablehnen, Sendungen wie Big Brother auszustrahlen. Wer fragt uns eigentlich, ob wir Talkshows sehen wollen zu Themen wie „Sohn liebt Mutter“ oder „Ich habe mit 30 Frauen geschlafen“? Wieso gibt es keine Talkshows, die uns wirklich interessieren, mit Leuten, die nicht gekauft sind und echte Probleme haben, wie viele von uns und wo ein Meinungs-

/Erfahrungsaustausch weiterhelfen könnte? Warum gibt es praktisch keine Diskussionen über wirklich zukunftsfähige Politik, über Verwirklichung von Jugendkultur, über die politische Situation von Flüchtlingen usw.?

Profitinteresse

Die Antwort ist einfach: Weil private Medienimperien, wie die Kirch- oder die Bertelsmanngruppe, bestimmen, was wir sehen sollen.

Sie präsentieren uns tagtäglich Sensationsgeschichten, um Neugierde zu schüren. Würden wir als Zuschauer denn selbst auf die Idee kommen, menschenunwürdige Sendungen zu zeigen? Würden Frauen 0190-Nummern jede Nacht ausstrahlen? Wohl kaum. Ein Verbot von einzelnen Sendungen würde heute nichts ändern.

Big Brother ist qualitativ nichts Neues in der privaten Medienwelt. Viel krasser als „Notruf“ o.ä. ist es auch nicht. Verbote durch eine Ethikkommission, die nicht demokratisch gewählt wurde, sind keine Lösung.

Das herrschende Programm widerspiegelt die Vorstellungen und Interessen der Herrschenden.

Wir sehen in der Glotze nur ständig Leute, denen es ja viel schlechter geht als uns oder die ein viel aufregenderes Leben führen als wir. Da unser Leben, unsere Probleme in Schule und Beruf, nicht Thema sind, kommt auch keine

Diskussion auf, wie die eigene Situation geändert werden könnte. Man stelle sich eine Sendung zum Thema Billiglöhne vor, in der Putzfrauen und Fensterreiniger, Zeitungsboten und McDonalds-Beschäftigte, über ihre Arbeitsbedingungen, ihre Löhne, ihre Chefs, berichten würden. Man stelle sich eine Sendung vor, in der StudentInnen über drangvolle Seminare, hohe Wohnungsmieten, oder über ihre Kritik an den Lehrinhalten berichten könnten. Das brächte bestimmt Einschaltquoten, aber schon der Gedanke daran wirkt geradewegs revolutionär – und die Medien sind so konservativ wie ihre Eigentümer.

Aber warum werden die derzeitigen Shows trotzdem von vielen angesehen? Nur weil das Angebot der Öffentlich-Rechtlichen auch nicht gerade berauschend ist? Entscheidend ist doch wieder einmal, daß man nach einem anstrengenden 8-Stundentag oft nur noch wenig Interesse hat, etwas Anspruchsvolleres zu sehen. Würden wir alle kürzer arbeiten, dann hätten wir alle mehr freie Zeit und ein weniger hektisches Leben. Die Mehrheit der Menschen würde sich auch für andere Dinge interessieren – Fernsehen auch mal aus Informationslust anschauen und nicht nur zur Entspannung, wie es heute so oft der Fall ist.

Mediendemokratie

Die privaten Medienmacher argumentieren, letztendlich entscheide

die Einschaltquote über das Programm. Gezeigt würde also, was die Masse sehen will. Hört sich schön demokratisch an, ist es aber nicht. Wenn der Geschmack und die Interessen der ZuschauerInnen entscheiden sollen, warum dürfen sie dann nicht auf demokratischem Wege über den Inhalt der Fernsehprogramme bestimmen? Das erste was sie dann nämlich abschaffen würden, wäre der Werbe-Terror. Laut Umfragen sind über 90 Prozent gegen plötzlich auftauchende Milka-Kühe und wollen auch nicht mitten im Film wissen, wo Boris Becker gerade wieder drin ist. Und dann würden sie die Programminhalte ändern. Es würde sich eine Fernsehkultur entwickeln, in der die ZuschauerInnen eben nicht immer nur ZuschauerInnen sondern auch ProduzentInnen sein könnten.

Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion der Zuschauer und der Beschäftigten im Medienbereich über Inhalte von Zeitungen, Zeitschriften und TV-Sendern.

Die Medienlandschaft kann nur dann demokratisch sein, wenn die sie demokratisch bestimmt und kontrolliert wird. Dazu müssen die privaten Sender enteignet und in Gemeineigentum überführt werden.

Lucie Redler, Hamburg

Ihr da oben ...



Intelligent

Der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) und die Kölner Verkehrs-Betriebe wollten für die Fahrgäste ein fortschrittliches Ticket einführen. Die gefahrene Strecke sollte von einem Automaten beim Ein- und Aussteigen erfasst werden, das Fahrgeld gleich von der Karte abgebucht werden. Das Ganze wurde „Intelligentes Ticket“ genannt. Die Technik lieferte die Firma Siemens. Die ist den Kölnern/innen noch in schlechter Erinnerung, weil von ihr auch der Prototyp einer neuen Straßenbahn stammte. Bei diesem „Citysprinter“ versagten im Testbetrieb die Bremsen, das Fahrzeug krachte vor einem Jahr in Köln ungebremst in eine stehende Straßenbahn, es gab 62 Verletzte. Jetzt scheiterte der Test, auch deshalb, weil die Kartenlesegeräte von Siemens immer wieder defekt waren. Das allein wäre noch kein Grund traurig zu sein, aber der Test kostete 18 Millionen DM. Zum Vergleich: Die CDU, FDP und Republikaner beschlossen im März die Fahrpreisermäßigung für 150.000 Kölner mit geringem Einkommen abzuschaffen, um jährlich rund 9 Millionen DM zu sparen. Die Kosten für den gescheiterten Test müssen hauptsächlich KVB und VRS tragen - also die Fahrgäste. Vorläufiges Ergebnis: Siemens-Aktien stehen weiter hoch im Kurs, einige tausend KölnerInnen werden demnächst wieder zu Fuß gehen und die Verantwortlichen verdienen weiter viel Geld, weil sie ja die Verantwortung tragen.

Dreist

Als „Teilerfolg“ werteten die Grünen in einer Presseerklärung ihre Zustimmung zur Vergabe von Hermes-Bürgschaften zur Förderung von drei internationalen Atomenergie-Projekten. Darunter eine 300-Millionen-Bürgschaft für den Bau eines Atomkraftwerks in der Nähe der 4-Millionen-Stadt Lianyungang in China. (Die Elektro- und Leitetchnik, deren Lieferung durch diese Bürgschaft gedeckt wird, stammt von Siemens, s.o.!). Warum diese politische Aktion der einstigen Anti-AKW-Partei keine Riesensauerei, sondern ein Teilerfolg ist, begründen die Grünen so: bei 11 weiteren Atomprojekten würden sie nicht zustimmen und so eine Unterstützung verhindern. Das soll heißen: Wir hätten ja auch allen 14 zustimmen können. Diese Logik wird sich demnächst jeder Umweltfrevler zur eigenen machen: Vier LKW-Ladungen Giftmüll illegal entsorgt: Sauerei? Nein, ein Teilerfolg. Er hätte das ja auch mit vierzehn oder zwanzig oder hundert Ladungen tun können.

Dienstleistungsgesellschaft

In der Schweiz ist demnächst Urlaub auf einem umgebauten Sklavenschiff möglich. Die Passagiere brauchen aber nicht selbst rudern. Bei Windstille wird die Galeere von bis zu 150 Ruderern über das Wasser bewegt. Das Projekt wird vom Kanton Waadt unterstützt und ist als Beschäftigungsmaßnahme für Arbeitslose konzipiert.



... wir hier unten

Ex-Tarifführer korrump

Ex-Innenminister Kanther, Ex-NRW-Finanzminister Schleußer und Ex-Oberstadtdirektor Ruschmeier - dieses Trio war jahrelang der Gegner der ÖTV in den Tarifrunden für Bund, Länder und Gemeinden. Sie haben jahrelang Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst betrieben und jedes Jahr in der Tarifrunde die Leier von den leeren Staatskassen heruntergebetet. Dabei waren sie mit legalen und illegalen Machenschaften daran beteiligt, die Staatskassen zu plündern und plündern sie weiter durch ihre fetten Pensionen:

Manfred Kanther, ehemaliger Bundesinnenminister:

Im CDU-Finanzskandal hat er sich durch organisierte Kriminalität folgender Straftaten schuldig gemacht: Steuerhinterziehung in allen Varianten, Geldwäsche, Urkundenfälschung, Untreue, Betrug.

Nach seinem Rücktritt bekommt er bis Oktober 2001 jeden Monat 28.848DM und danach 26.800 DM. Zusätzlich erhielt er für den Monat Februar 2000 ein Übergangsgeld in Höhe von 10.366 DM.

Manfred Schleußer, ehemaliger Finanzminister von NRW:

Hauptbelasteter in der Flugaffäre. Er bediente sich reichlich der Flugdienste der Westdeutschen Landesbank. Schleußer musste zugeben, dass einige seiner von der West LB gesponserten „Dienstreisen“ auch dazu dienten, eine Bekannte mitreisen zu lassen.

Die Verfilzung zwischen West LB und den Landesspitzen von NRW geht so weit, dass Minister im Verwaltungsrat der Bank sitzen und ihre Staatssekretäre im Kontrollgremium. Über einen „Investors-Club“ hilft die West LB Politikern wiederum, ihren privaten Reichtum zu vermehren und möglichst wenig Steuern zu bezahlen. Im Zusammenhang mit den von der Westdeutschen Landesbank (West LB) finanzierten Flugreisen kam weiter ans Tageslicht, dass die West LB einen Bootsausflug für Beamte des Finanzministeriums organisierte und Justizminister und Generalstaatsanwälte mehrmals auf Schloss Krickenbeck bewirtete. Als die Witwe des Chefpiloten, mit dem Schleußer flog, aussagte, dass Ex-Finanzminister Schleußer die



ÖTV-Vorsitzender Mai zusammen mit Lothar Ruschmeier (rechts hinter ihm) und Manfred Kanther bei einem Presseauftritt während der Tarifrunde 1997. Von solchen korrupten Politikern, die die Staatskassen plündern, läßt sich die ÖTV-Führung das Märchen von den leeren Staatskassen verkaufen.

West LB vor einer Steuerrazzia warnte, leitet die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft Ende Dezember ein Ermittlungsverfahren gegen Schleußer ein, das dann aber bereits drei Wochen später mit der Begründung eingestellt wurde, dass „sich kein hinreichender Tatverdacht ergeben“ habe.

Schleußer erhält nach seinem Rücktritt weiterhin pro Monat 25.000 Mark aus Steuergeldern.

Lothar Ruschmeier, ehemaliger Oberstadtdirektor von Köln:

Unter seiner Führung wurde in Köln für über 1 Milliarde Mark eine unsinnige Müllverbrennungsanlage gebaut, die jetzt durch Erhöhung der Müllgebühren, Lohnraub und Privatisierung bei der Müllabfuhr, finanziert wird. Unter seiner Federführung wurde die größte Veranstaltungshalle Europas, die Köln-Arena gebaut und gleich daneben ein neues technisches Rathaus. Finanziert wurde das Ganze vom Oppenheim/Esch-Fonds, einem Investmentfond von 77 Kölner Bonzen, bei dem Ruschmeier inzwischen im Management sitzt. Diesem Fonds verkaufte die Stadt

unter Führung von Ruschmeier, damals noch Oberstadtdirektor, das Baugelände 10 Millionen Mark unter dem Marktwert. Dieser Fonds trat auch als Finanzier für den Bau der Kölnarena und des Technischen Rathauses auf. Der Mietvertrag es Eschfonds mit der Stadt Köln für das Technische Rathaus wird inzwischen von vielen Kennern als sittenwidrig bezeichnet. 990 Millionen Mark Miete in 30 Jahren soll die Stadt aufbringen und dann das Gebäude für 400 Millionen kaufen. Ruschmeier ließ sich feiern, dass Köln die „modernste Mehrzweckhalle der Welt“ und ein neues Rathaus bekam, ohne selbst eine einzige Mark zu investieren. Die überhöhten Mietkosten und die Tatsache, dass sich die Stadt im Mietvertrag verpflichtet alle Reparaturen am Gebäude selbst zu finanzieren unterschlug er der Öffentlichkeit. Allein für nachträgliche Einbauten wie beispielsweise standardmäßige Büroleitungen musste die Stadt inzwischen 40 Millionen Mark aufbringen. Ruschmeier verheimlichte der Öffentlichkeit auch, dass die von der Stadt langfristig gemieteten und bisher genutzten Büros nach einem Umzug ins Technische Rathaus leerstehen würden. Jetzt zahlt die Stadt dafür jeden Monat 140.000 Mark

Miete. Inzwischen ist es ein offenes Geheimnis, dass der ehemalige Oberstadtdirektor auch den Stadtrat über das wahre finanzielle Ausmaß seiner Prestigeprojekte bewusst getäuscht hat. Ursprünglich hatte Ruschmeier Ambitionen auf das Oberbürgermeisteramt. Er zog es aber wohlweislich vor seine Karriere als Politiker zu beenden und als Bankmanager fortzusetzen, bevor das Ausmaß seiner Machenschaften als Oberstadtdirektor zum öffentlichen Skandal wurde.

Ruschmeier erhält jeden Monat zusätzlich zu seinem feudalen Managergehalt von der Stadt Köln Pensionszahlungen in Höhe von 18.000 Mark.

Ursel Beck, Köln

Bundesweites Treffen oppositioneller ÖTV-Gewerkschafter

Am Samstag, den 27. Mai findet in Kassel das nächste bundesweite Treffen des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ statt. Das ÖTV-Netzwerk ist ein Zusammenschluss von kritischen und kämpferischen Kolleginnen in der ÖTV, Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten und Jugendvertretern. Das Netzwerk war von Anfang an gegen ver.di, weil sich diese Fusion gegen die demokratischen Rechte und die gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder richtet. In den Tarifrunden kämpfen die im Netzwerk zusammengeschlossenen Kolleginnen unter anderem jedes Jahr für massive Festgelderrhöhungen, radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die volle Angleichung der Ostlöhne an den Westen. Das Netzwerk ist gegen jede Privatisierung und den Ausstieg aus dem BAT.

Weitere Informationen zum Treffen bei Steffi Nitschke, Hegelsbergstr. 26, 34119 Kassel, Tel. 0561/9802316 oder Dieter Janßen, Stroberg 18a, Tel. 0711/6401302.

Raus aus dem Bündnis mit den Arbeitsplatzvernichtern

Im Vorfeld der Tarifrunde hat die Gewerkschaftsführung mit Unternehmern und Regierung eine Bündnis-Erklärung unterschrieben, wonach der Produktivitätszuwachs „beschäftigungswirksam“ eingesetzt werden soll. Die Arbeitnehmer würden durch ihren Lohnverzicht angeblich Arbeitsplätze sichern. Dass diese Bündnis-Vereinbarung nur ein gemeinsames Manöver von Gewerkschaftsspitze und Unternehmern gegen die Interessen der Beschäftigten war zeigte sich umgehend. Die Bündnis-Vereinbarung erlaubte es den Unternehmern sofort nach Verkündung der, von den Gewerkschaftsgremien offiziell beschlossenen, Forderung nach rund 5 Prozent mehr Lohn, der Gewerkschaftsseite medienwirksam

Wortbruch vorzuwerfen. Und dem IGM-Vorsitzenden Zwickel fiel nichts besseres ein, als untertänigst darauf hinzuweisen, daß es ja nicht auf die Forderung ankomme, sondern auf das Ergebnis. Während die Gewerkschaftsführung versucht gegen die Interessen der Mitgliedschaft, die Bündnis-Vereinbarung per Tarifvertrag umzusetzen, vertreten Unternehmer und Bundesregierung knallhart ihre Klasseninteressen. Das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ ist für sie ein Mittel zur Volksverdummung und hat den praktischen Zweck, die Gewerkschaften an die Leine zu legen. Während von den Gewerkschaften jedes einmal gemachte Zugeständnis eingefordert wird, denken die Unternehmer nicht

daran, ihre Zusagen einzuhalten. Sie haben sich im letzten Jahr nicht an ihr Lehrstellenversprechen gehalten und werden sich in diesem Jahr auch nicht an ihr Versprechen halten, Produktivitätsgewinne beschäftigungswirksam einzusetzen. Noch während die Tarifrunde im Gang ist, vermelden Banken und Konzerne neue Rekordgewinne und veröffentlichten gleichzeitig Horrorzahlen über geplante Arbeitsplatzvernichtung. (Siehe Kasten auf Seite 1).

Es ist an der Zeit, daß die Gewerkschaften aus dem Bündnis mit den Arbeitsplatzvernichtern aussteigen und einen entschlossenen Kampf gegen Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung führen.

Schluß mit Öffnungsklauseln

Seit Jahren machen die Gewerkschaftsführer den Unternehmern immer öfter das Zugeständnis, per Öffnungsklauseln aus Tarifverträgen auszusteigen. Die IG BAU hat z.B. den Bossen im Osten zugestanden, die Tarife um 10% abzusenken, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert werden. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wieshügel zog daraus inzwischen folgende Bilanz: „Es gibt im Rahmentarifvertrag klare Aussagen, dass Lohnverzicht an Arbeitsplatzsicherung gebunden sein muss. Aber ich kenne fast überhaupt keine Betriebsvereinbarung, in der man sich daran gehalten hat. Lohnkürzungen haben alle

mitgenommen, aber keinen Arbeitsplatz gerettet.“ Derselbe Gewerkschaftsvorsitzende hat aber zugestimmt, dass bei Holzmann 3.800 Arbeitsplätze vernichtet werden und die 35.000 Noch-Beschäftigten bis zum Juni 2001 wöchentlich 5 Überstunden leisten, die auf einem Arbeitszeitkonto verbucht werden. Nach allen Erfahrungen werden die Holzmann-Arbeiter dafür niemals Geld oder Freizeit sehen. Derselbe Gewerkschaftsvorsitzende wundert sich dann, wenn die Bauunternehmer mit der Forderung nach völliger Abschaffung des Flächentarifvertrags in die Tarifrunde 2000 gehen. Die Politik der Gewerk-

schaftsführung führt einzig und allein dazu, dass die Unternehmer immer frecher werden, die Banken und Aktionäre immer höhere Profite einkassieren und die Belegschaften die Verlierer sind. Die Unzufriedenheit und Wut an der Gewerkschaftsbasis muss in Druck auf die Führung umgesetzt werden, alle bestehenden Flächentarifverträge, alle Arbeitsplätze und alle erkämpften Standards in jedem Betrieb zu verteidigen. Darüber hinaus muss von unten eine organisierte Opposition in den Gewerkschaften und schließlich eine neue kämpferische Führung aufgebaut werden.



Nullrunden bis zum Jahr 2004 und die Vernichtung von 70.000 Arbeitsplätzen im gleichen Zeitraum bedrohen die Existenz der EisenbahnerInnen. Am 7. 3. 2000 gingen dagegen allein in Berlin 3000 EisenbahnerInnen auf die Straße.

Das SAV-Programm zur Tarifrunde

- Die beschlossenen Forderungen sollten nur das Minimum sein, was an Lohnerhöhung durchgesetzt werden muss. Angemessen wären 500 Mark Festgeld für alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und volle tarifliche Gleichstellung der Ost-Kolleginnen
- Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre ohne Rentenabschlag und Lohnverzicht.
- Keine Kompensationsgeschäfte bei Arbeitszeitregelungen, Zuschlägen oder sonstigen tariflichen Errungenschaften. Keine Öffnungsklauseln und weitere Ausstiege aus Flächentarifverträgen durch Sparten- oder Haustarifverträge.
- Keine Verlängerung der Laufzeit von Manteltarifverträgen, um den Kampf für Arbeitszeitverkürzung erneut zu vertagen.
- Begrenzung der Laufzeit von Tarifverträgen auf 1 Jahr.
- Gewerkschaften raus aus dem sogenannten „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“.
- Rücknahme der Verschlechterung des Paragraphen 116 AFG
- Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik.
- Gemeinsamer Kampf von ÖTV, IGM und anderen Gewerkschaften.
- Regelmäßige Vertrauensleute bzw. Mitgliederversammlungen zur Information über den Stand der Tarifrunde und demokratische Entscheidung über Kampfmaßnahmen.
- Nein zu Schlichtungsverhandlungen.
- Kein Tarifabschluss ohne mehrheitliche Zustimmung in einer Urabstimmung.
- Für klassenkämpferische und demokratische Gewerkschaften. Nein zu bürokratischen Fusionen und zur Umwandlung der Gewerkschaften in Service-Betriebe.
- Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre und jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis.
- Schluss mit Privilegien und hohen Gehältern für Funktionäre. Kein Gewerkschaftsvertreter darf mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder.
- Aufbau einer organisierten innergewerkschaftlichen Opposition und einer politischen und personellen Alternative zur heutigen Gewerkschaftsführung.



EXPO 2000

Kapitalismus – ganz modern?

Ab dem 1. Juni diesen Jahres wird in Hannover das internationale Kapital versuchen zu beweisen, dass Kapitalismus und Entwicklung sich nicht ausschließen. Die EXPO 2000 ist aber nicht nur eine gigantische Präsentation neuer Produkte, die sich 90% der Weltbevölkerung ohnehin nicht leisten können sondern vor allem eine ideologische Plattform für die Herrschenden.

Seit der ersten Weltausstellung 1851 in London repräsentiert diese wie nichts anderes das „höher, schneller, weiter“ Entwicklungsdenken des Kapitalismus. Jede technische Entwicklung, für die aus Profitgründen über Leichen gegangen wird, findet sich, in hübsches Geschenkpapier eingewickelt, auf den Weltausstellungen wieder. In den 50er Jahren war es das „Atomium“, das friedliche Nutzungsmöglichkeiten der Atomenergie propagierte, obwohl die amerikanischen Wissenschaftler (und das japanische Volk) spätestens seit Hiroshima besser Bescheid wussten. Später, nachdem die UdSSR den ersten Sputnik im All hatte, musste auch schleunigst der Kapitalismus nachziehen und Billionen von Dollar in die Raumfahrtentwicklung statt in Armutsbekämpfung investieren. Der Nutzen für die Arbeiterklasse: Die Teflonpfanne.

Wer bezahlt die EXPO?

Die Expo 2000 wird allein schon durch die Ausrichtungskosten ein Bezahltag für uns. Die 3.029.000.000 DM für die EXPO direkt sollen zwar wieder reinkommen, dies hat aber erstens noch nie auf einer Weltausstellung geklappt und soll zweitens vor allem

über den Eintritt reingeholt werden. Die Gelder für zusätzliche Infrastruktur in Hannover, mehr Bullen und allein 200(!) zusätzliche Verfassungsschützer in Niedersachsen zahlen wir direkt.

Zudem wird penetrant wie nie zuvor die prokapitalistische Propagandawelle rollen. So wird jeder Tag ein Ländertag werden, an dem sich eine bestimmte Nation präsentieren darf, Deutschland selbstverständlich am 3. Oktober und die USA am amerikanischen Unabhängigkeitstag, dem 4. Juli. Dabei wird natürlich nicht über Armut, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung in den jeweiligen Ländern berichtet. Verschiedene multinationale Konzerne haben eigens nach ihnen benannte Ausrichtungsorte wie die „Preussag-Arena“ oder auch das „Lab 01“, mit dem Daimler-Chrysler durch Europa tourte, um neueste Entwicklungen zu präsentieren, die sich keiner leisten kann. Slogan dieser Kampagne war, ganz modern, hip und jugendlich „R U Ready?“ (engl. Are you ready?: Bist du bereit?).

EXPO = jugendfreundlich?

Einerseits müssen auf der EXPO natürlich Produkte und Moden beworben werden, für die vor ihrer Existenz gar kein Bedürfnis bestanden hat. Andererseits versuchen die Macher der Weltausstellung auch möglichst viele Bereiche bereits existierender Subkultur in das Programm zu integrieren, um sich als weltoffen präsentieren zu können. Bestes Beispiel hierfür ist der sogenannte „Battle of the Year“. Die Breakdance-Weltmeisterschaft wurde bis dato immer von der Hip-Hop-Szene selbst organisiert und eigenständig in Videos verwertet und

vertrieben. Durch die Ausrichtung auf der EXPO wird es sicher bald eine professionelle Vermarktung geben. Erwünschter Nebeneffekt: Breakdance als ein weiteres Element aus der nicht kontrollierbaren Hip-Hop-Szene herauszubrechen. Getreu dem Motto: „MTV Hip-Hop-Sendungen und Breakdance dürft ihr gucken, wenn ihr unsere Hosen kauft, aber systemkritische Musik machen und fremde Wände bemalen, das geht zu weit“.

Installationen zur Bevölkerungsentwicklung sowie ein riesiges begehbares Auge sind nur zwei der vielfältigen Versuche den Menschen auf eine technische Einheit zu reduzieren. Eine technische Einheit wie ein Kostenfaktor im Betrieb. Auch ist die „Einheit Mensch“ keiner Klasse zuzuordnen, es gibt nicht das Interesse des Kapitals oder des Proletariats, sondern nur das der „Menschheit“. Für das „Interesse der Menschheit“ wieder sollen wir alle angeblich notwendigen Schritte einsehen, das sind für das Kapital auch Bevölkerungskontrolle und Genmanipulation.

Das Klasseninteresse dieser Veranstaltung ist eindeutig. Deswegen muss Widerstand dagegen stattfinden. Dies können Aktionen gegen einige der weltweit 500 stattfindenden regionalen EXPO-Projekte sein oder auch Gegeninformations-Veranstaltungen. Höhepunkt des Widerstandes wird aber sicher die für den 29. Mai geplante Demonstration in Hannover selbst sein. Je mehr Leute dort demonstrieren, desto größer wird der Stachel im Fleisch des Kapitals bei seiner Selbstweihraucherei sein.

David Schultz, Kassel

Hände weg vom Abitur

In Baden-Württemberg werden jetzt die Weichen in Richtung Elitebildung gestellt, andere Bundesländer werden nachziehen. Für alle Schüler die ab dem nächsten Jahr in der zehnten Klasse sind, soll die Kurswahl abgeschafft und ein fünftes Prüfungsfach im Abitur eingeführt werden. Bisher gilt: in der Oberstufe können zwei Fächer als Leistungskurse belegt, andere Fächer in vorgegebenen Kombinationen als Grundkurse belegt oder abgewählt werden.

Tinette Schnatterer, Stuttgart

So ist wenigstens ein Stück weit gewährleistet, sich nach eigenen Fähigkeiten zu spezialisieren. Die Kurse sind oft kleiner und es kann mehr auf Einzelne eingegangen werden. Stattdessen sollen jetzt die Fächer Deutsch, Mathe, eine Fremdsprache, zwei Naturwissenschaften, Musik, Bildende Kunst, Geschichte, Gemeinschaftskunde und Erdkunde als Pflichtfächer bis zum Abitur zwingend vorgeschrieben sein. Zur Wahl steht dann nur noch ein Wahl- bzw. Profildfach. Anstatt in kleinen Kursen wird im Klassenverband (Oberstufenklassenteiler 24) unterrichtet.

Reform?

Begründet wird diese „Reform“ mit „mangelnder Allgemeinbildung“ und der Unzufriedenheit der Wirtschaft mit der Qualifikation der AbiturientInnen. Dabei wurde die reformierte Oberstufe mit Wahlmöglichkeiten in den 70er Jahren eingeführt, in einer Zeit, in der die Wirtschaft viele gut ausgebildete Fachkräfte und Akademiker brauchte. Sie war Teil der sozialdemokratischen Bildungsreform, die auch Kindern aus Arbeiterfamilien und Frauen eine höhere Schulbildung und Zugang zu Universitäten ermöglichen sollte. Heute ist genau das Gegenteil das Ziel. Indem das Abitur erschwert wird, wird gesiebt. Die Lernbedingungen werden durch größere Klassen und zu wenig LehrerInnen erschwert und Schule immer teurer. In Baden-Württemberg müssen jetzt schon alle Lernmittel selbst gekauft werden, die auch zu Hause benutzt werden können. Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit hat die Wirtschaft kein Interesse daran, dass der Staat so viel Geld für Bildung ausgibt. Es wird nur eine kleine Elite gebraucht.



Schon im letzten Jahr hat es vereinzelt schulinterne Proteste gegeben. Eine Umfrage an einer Stuttgarter Schule ergab, dass 90 Prozent der SchülerInnen gegen die „Reform“ sind. Der Stuttgarter SchülerInnenrat (SSR) hat das Thema nun aufgegriffen um stadtwweit, möglichst aber auch über Stuttgart hinaus, den Protest zu organisieren. Der SSR ist eine unabhängige Schülerorganisation, die sich 1987, anlässlich der damaligen Verschärfung des Abiturs, gegründet hat und seitdem immer wieder Streiks gegen Kürzungen im Bildungsbereich organisiert hat. Wir wehren uns dagegen, dass die Interessen der Wirtschaft über unsere Bildungsmöglichkeiten entscheiden. Der Stuttgarter SchülerInnenrat tritt für das Recht auf Bildung ein, unabhängig vom Geldbeutel, und für den Ausbau statt Abbau von Wahlmöglichkeiten. Die SAV unterstützt den SchülerInnenrat in diesem Kampf.

Widerstand

Gegen Nazis aktiv werden! JRE aufbauen!

Seit dem 21. September 1998 gibt es JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) wieder in Rostock. Wir wollen zeigen: Es ist möglich die Nazis zu stoppen. Gerade viele Jugendliche sind dazu bereit. JRE will diese Jugendlichen europaweit zu einer Kraft organisieren, die die Neonazis isolieren und schlagen kann. Wir organisieren konkrete Aktionen, um jegliche Aktivitäten der Nazis zu verhindern. Wenn Faschisten Aufmärsche oder Versammlungen abhalten wollen, um ihre rassistischen Lügen zu verbreiten, dann müssen sie daran gehindert werden. Mit allen notwendigen Mitteln. Dabei dürfen wir uns nicht auf Polizei, Justiz oder die bürgerlichen Parteien verlassen. Denn diese haben kein wirkliches Interesse daran, die Faschisten aufzuhalten. Als am 12. Juni 99 die NPD versuchte, erneut in Rostock zu marschieren, spielte JRE eine wichtige Rolle da-

bei, dass die Nazis durch eine Sitzblockade gestoppt wurden. JRE tritt für eine breite Mobilisierung durch Gewerkschaft-



Die neue „No Pasaran“ kann bei den JRE-Gruppen bestellt werden

ten, linke Parteien, AntifaschistInnen und ImmigrantInnen ein. JRE steht für antifaschistische Selbstverteidi-

gung. Nur so können wir verhindern, dass die Faschisten immer mehr Straßen, Stadtteile und Gebiete kontrollieren. Wir machen die führenden Köpfe der Faschisten bekannt, um sie in ihrem Stadtteil zu isolieren und den Aufbau faschistischer Strukturen zu verhindern. JRE steht für Antworten gegen die Lügen der Faschisten und Rassisten. Nicht die Ausländer sorgen für Massenentlassungen, erhöhen die Mieten oder betreiben den Sozialabbau. Sondern es sind deutsche Unternehmer, Miethäie und Politiker. JRE steht für einen gemeinsamen Kampf der deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen für Wohnungen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

JRE gibt es in Schweden, Tschechien, Belgien, Österreich, Russland, der Ukraine, Griechenland, Frankreich und den Niederlanden. In Deutschland gibt es Gruppen in Berlin,

Dresden und Rostock. Wir bringen gemeinsam die überregionale Antifa-Zeitung „No Pasaran“ („Sie werden nicht durchkommen“, Parole der Antifaschisten im spanischen Bürgerkrieg) heraus.

Ronald, Rostock

Bundesweites JRE-Treffen

13./14. Mai in Berlin melde Dich jetzt an!
 Berlin: 030/4 40 84 29
 Dresden: JREdresden@gmx.net.de
 Rostock: 0381/4 99 65 90

Debatte
 Legalisieren oder nicht?
 Schreibt uns Eure Meinung!
 e-mail: savbund@aol.com

Bekämpft die Doppelmoral der Herrschenden!

Eins vorweg: Eine komplett drogenfreie Gesellschaft wird es meiner Meinung nach nie geben, auch nach der sozialistischen Revolution nicht. Es könne höchstens die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert werden, die Leute zu Drogen greifen lassen. Wir als SozialistInnen sollten uns meiner Meinung nach weniger um die Freigabe einzelner Drogen kümmern, sondern unsere Aufgabe darin sehen, die Doppelmoral der herrschenden Drogenpolitik zu bekämpfen.

Wie Doreen schon angesprochen hat (siehe VORAN 212), zählen Alkohol und Tabak eindeutig zu den akzeptierten Drogen, ihr Konsum wird gefördert, obwohl eindeutig nachgewiesen ist, dass sie süchtig machen und

schädlicher sind als zum Beispiel Cannabis. Die Tabak- und Alkoholindustrie und der Staat machen Riesenprofite durch Verkauf und Werbung. Konsumenten anderer Drogen werden aufs Härteste verfolgt und oftmals eingeknastet. Die Kriminalisierung von Haschisch hat jedoch in den letzten Jahren deutlich abgenommen; in weiten Kreisen der Gesellschaft (auch bei Anwälten, LehrerInnen etc.) wird Kiffen akzeptiert und teilweise sogar selbst praktiziert. Deswegen wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis Cannabis auch hier zur normalen Handelsware geworden ist. Dann wird mit übelsten, rassistischen Polizeimethoden noch härter gegen die „bösen“ Dealer vorgegangen, wie zum Beispiel jetzt schon gegen junge afrikanische ImmigrantInnen, die sich ihren Lebensunterhalt nicht anders verdienen

können, weil ihnen verboten wird hier zu arbeiten. Das wird begeistert von den LegalisierungsbefürworterInnen von Cannabis (zum Beispiel den GRÜNEN) beklatscht werden. Während gleichzeitig der legale Haschischhandel blüht, werden selbstverwaltete Basis-Projekte (zum Beispiel die Drogenberatungsstelle „Palette“ in Hamburg) geschlossen. Folgende Punkte sollte eine sozialistische Drogenpolitik meiner Meinung nach in den Vordergrund stellen:
 ■ Kostenlose Drogenberatung und Entwöhnung, finanziert von Gesundheitsämtern und Krankenkassen



- Umfassende Information über die Wirkungsweisen der verschiedenen Drogen
 - Verstaatlichung der Pharma-, Alkohol- und Tabakindustrie
 - Bestimmte Drogen, wie Nikotin, Alkohol und Cannabis, sollten nur in speziellen Geschäften erhältlich sein
- Leserbrief von Stefan aus Kiel

Etwas anderes als eine Marktwirtschaft kann unmöglich funktionieren, betonen alle Politiker, Gewerkschaftsführer, Medien. So lernen wir es in der Schule, im Betrieb und an der Universität. Die FDP vertraut auf die „Selbtheilungskräfte des Marktes“, CDU und SPD reden von einer „sozialen Marktwirtschaft“ und die PDS-Spitze will die Marktwirtschaft gar sozialistisch gestalten. Eine geplante Wirtschaft, so heißt es, führe unvermeidlich zu Bürokratie und Mangelwirtschaft.

Die Probleme der Marktwirtschaft werden als einzelne, voneinander unabhängige dargestellt und können angeblich auch so gelöst werden. Die Arbeitslosigkeit soll durch Bescheidenheit der ArbeitnehmerInnen und Qualifizierung abgebaut werden. Die Umweltverschmutzung soll durch bewußtes Verhalten der Konsumenten verringert werden. Die Ungleichheiten zwischen den Ländern und Kontinenten sollen durch die vollständige Öffnung der dortigen Märkte für westliche Produkte beseitigt werden.

Beim Autofahren ist der „Tunnelblick“, der durch Müdigkeit oder Alkoholkonsum entsteht, gefährlich. Ebenso schädlich ist der Tunnelblick, die verengte Sichtweise auf einzelne Probleme, bei der Analyse der heutigen Welt.

Claus Ludwig, Köln

Der „außerirdische“ Blick auf unseren Planeten hilft dabei, die Zusammenhänge zu verstehen. Wir sehen heute eine Welt, in der vor allem Mangel herrscht. Hunderte Millionen Menschen hungern oder sind unterernährt. In jedem Land wird der Bevölkerung gesagt: wir müssen den Gürtel enger schnallen, bescheiden sein, sparen. Offenbar wird die Welt ärmer.

Gibt der Planet zu wenig her? Können nicht genug Güter hergestellt werden? Keineswegs. Die Böden der Erde können alle satt machen, sie müssen dabei nicht durch Monokultur zerstört, sondern können schonend bewirtschaftet werden. Es gibt genug Maschinen und Arbeitskräfte, um Wohnungen, Straßen, Schienen usw. zu bauen und die Lebensmittel herzustellen und zu transportieren.

Es gibt sogar Millionen Menschen, die daran gehindert werden, zu arbeiten. Sie besitzen keine Produktionsmittel, kein Betrieb will sie einstellen. Das Material ist da, die Menschen sind da, woran fehlt es? Gibt es zu wenig Geld? Können die notwendigen Lebensmittel, Wohnungen usw. nicht bezahlt werden?

den Acker bearbeitete und seine Kleidung selbst herstellte, ist die Produktion und Verteilung heute gesamtgesellschaftlich organisiert. Doch die Aneignung der Früchte dieses Wirtschaftens findet privat durch die Kapitalbesitzer statt. Der Zweck der Produktion ist die Erhöhung des Profits, dieser wird nicht durch allseitige Zusammenarbeit, sondern durch Ausbeutung erzielt.

Was eine Lösung für die Gesellschaft insgesamt wäre, der planmäßige Einsatz aller vorhandenen Arbeitskräfte zur Befriedigung aller Bedürfnisse – und das sind die ausschlaggebenden – keine Lösung, sondern ein Problem.

Armut – Überbleibsel der Unterentwicklung?

Die 225 reichsten Menschen der Welt besitzen zusammen 1015 Milliarden Dollar – das Jahreseinkommen der ärmsten 47 Prozent der Weltbevölkerung ist ebenso hoch. Das Vermögen der drei reichsten Personen der Erde übersteigt das gemein-

Demokratisierung statt Diktatur

und Biotechnologie, der angeblich das Hungerproblem lösen sollte, stürzt Millionen Bauern in die totale Abhängigkeit von Agrarkonzernen, führt zu Landflucht, Armut und brachliegenden Feldern.

Zehn Jahre nach dem Sturz der „kommunistischen“ Regime in Osteuropa sinken Lebensstandard und Lebenserwartung in Osteuropa noch immer. „Der Übergang ist die Völker der Region teuer zu stehen gekommen, nicht nur hinsichtlich zunehmender Krankheiten, höherer Sterblichkeit und geringerer Lebenserwartung, sondern auch, was den Zerfall der sozialen Verhältnisse betrifft, der sich in erhöhtem Alkoholkonsum, einer dramatischen Zunahme der Drogenabhängigkeit und einem Anstieg der Selbstmordrate äußert.“ (Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen, zehn Jahre nach der Wende in Osteuropa).

Kapitalismus: Planung für den Profit

Nach dem Zusammenbruch der DDR hieß es, die Planwirtschaft könne nicht funktionieren, der Markt sei vielleicht nicht perfekt, aber die einzig denkbare Wirtschaftsform.

Wir halten dagegen: der planvolle Einsatz von Rohstoffen, Produktionsmitteln und menschlicher Arbeit, befreit von den Zwängen des Profits und der Konkurrenz, organisiert von den arbeitenden Menschen selbst, ist der einzige Weg, die Gesellschaft weiterzuentwickeln, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aufzuhalten, die Erde zu reparieren, die Armut abzuschaffen und nachhaltigen Wohlstand für alle zu schaffen.

Die Vorstellung, die von der Planwirtschaft vermittelt wird, ist, daß korrupte, privilegierte Bürokraten ohne eine Ahnung, was die Leute brauchen oder was in den Betrieben vorgeht, in einem zentralen Planungsstab entscheiden, graue Einheitsprodukte herstellen zu lassen, die niemand haben will. Tatsächlich beschreibt dies die Wirklichkeit in der ehemaligen DDR oder der Sowjetunion. Diese Staaten scheiterten letztendlich an Fehlplanungen und niedriger Arbeitsproduktivität. Unter der bürokratischen Knute sank die ursprünglich hohe Motivation der arbeitenden Menschen ins Bodenlose.

Doch dieser Versuch, eine Planwirtschaft aufzubauen, ist unter besonderen Bedingungen entstanden, die Wurzeln des Scheiterns liegen in der Rückständigkeit Rußlands und der Unmöglichkeit, eine sozialistische Planwirtschaft in einem isolierten Land aufzubauen. Das beantwortet nicht die Frage, ob eine geplante Wirtschaft prinzipiell möglich ist.

Vertreter der kapitalistischen Ideologie erklären, daß Planung zwangsläufig Freiheit, Spontaneität und Vielfalt töte. Das ist Unsinn. Kapitalistische Unternehmen planen auch. Sie planen allerdings nicht, wie sie Bedürfnisse befriedigen können, sondern wie sie den Markt bedienen. Ganze Stäbe von Produktmanagern und Werbefachleuten erforschen Kaufkraft und Konsumverhalten, entwerfen Strategien und wenden psychologische Tricks an, um ihre Produkte an Mann und Frau zu bringen. Jedes Unternehmen plant für sich, in Konkurrenz zu den anderen. Im Zuge dieser Planung kommt es zu marktwirtschaftlichen „Fehlplanungen“, die eben keine Fehler sind, sondern Bestandteile des Kapitalismus: Überkapazitäten werden aufgebaut, Fabriken hochgezogen, die später wieder geschlossen werden, wenn der Konkurrent einen größeren Teil vom Markt erobert hat.

Der Markt reguliert, wer erfolgreich ist, aber er tut dies zu enormen Kosten. Heute sind die meisten Produkte in Qualität und Design nahezu gleichwertig. Es fällt schwer, vom Aussehen eines Autos auf die Marke zu schließen, die meisten Lebensmittel schmecken ohnehin gleich. In gewaltigen Werbeschlägen werden Milliarden ausgegeben, um diese kaum unterscheidbaren Produkte gegenüber denen des Konkurrenten anzupreisen.

Allein beim Übernahmepoker von Vodafone und Mannesmann wurden über 1,5 Milliarden DM für Werbung ausgegeben. Dabei wurden keine Werte geschaffen, auch wenn die Besitzer der beteiligten Werbeagenturen und der Tageszeitungen dies angesichts ihrer Gewinne behaupten mögen. Im Gegenteil, diese Werbekampagne war eine Verschwendung von Arbeitskraft und Papier.

Durch die Konkurrenz werden Arbeitskraft und Rohstoffe verschwendet, werden ganze Wirtschaftszweige aufgebaut, die in keiner Weise gesellschaftlich nützliche Produkte oder Dienstleistungen erbringen. Ein großer Teil der Beschäftigten arbeitet an Dingen, die nur entstanden sind, weil im Profitsystem daran verdient werden kann und sie nur geringen oder keinen gesellschaftlichen Wert haben.

Ein Teil der notwendigen Arbeit beispielsweise im Gesundheitswesen oder in der Ausbildung, wird hingegen selbst in den reichsten Staaten nicht organisiert, weil mit umfassender Bildung und Gesundheit kein Geld verdient werden kann.

Verkehrsplanung: Chaos auf Straße und Schiene

Niemand kann bestreiten, daß das Verkehrswesen in der Bundesrepublik ge-

plant wurde. Die Eisenbahn war staatlich, ebenso die Straßenbauplanung, die Reparatur und die Verkehrsüberwachung. Geplant wurde allerdings, daß die Interessen der Auto- und der Mineralölindustrie absoluten Vorrang haben.

Trotz aller technischen Neuerungen ist die faktische Reisegeschwindigkeit in den Zügen der Bahn AG heute auf dem Stand der Zwischenkriegszeit. Streckenabbau, Personalmangel, Verspätungen, veraltetes technisches Material führen zu Verspätungen und häufigem Umsteigen. Im Bereich der Nahverkehrs-Züge wird planvoll weiter abgebaut, so daß die Bahn AG nicht einmal Konkurrenten braucht, sondern sich selbst aus dem Markt wirft. Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit des angeblich so mobilen Straßenverkehrs sinkt dank verstopfter Straßen ebenso. Die Aktionäre der Auto- und Mineralölkonzerne sind reich geworden, während die Steuerzahler, die arbeitende Bevölkerung, die gesamten Risiken abdeckt. Die Kosten für die Instandhaltung, die Polizei, die Versorgung verletzter Verkehrsteilnehmer und für die Umweltschäden durch den Autoverkehr tragen die öffentlichen Kassen.

Es wäre technisch-organisatorisch schon 1950 aber noch weniger heute ein Problem gewesen, ein gut funktionierendes, sauberes Verkehrssystem aufzubauen, das auf dem öffentlichen Verkehr basiert, Autos nur für bestimmte Fahrten nutzt und den Güterverkehr weitgehend über die Schiene abwickelt. Die Kosten für solch ein System wären geringer, der Nahverkehr könnte zum Nulltarif genutzt werden, die Reisegeschwindigkeit wäre höher. Nur die Profitinteressen der Konzerne und die aus ihren Geldquellen resultierende Borniertheit der verantwortlichen Politiker standen und stehen einer Umorganisation des Verkehrswesens im Wege.

Arbeiterdemokratie ist möglich und nötig

Technisch wäre eine weltweite Planung kein Problem. Schon heute ist bekannt, welcher Bedarf an den grundlegenden Dingen des Lebens, Nahrung, Kleidung, Wohnungen besteht. Keineswegs würde nur graue Einheitsware hergestellt werden müssen. Die Bedarfsermittlung wäre differenziert möglich. Über moderne Telekommunikation wie das Internet könnte tagesaktuell der Lagerbestand mit der Nachfrage und den Produktionskapazitäten abgeglichen werden.

Eine demokratisch geplante Wirtschaft wäre global, aber gleichzeitig in vielen Bereichen regional. Mit der Abschaffung



Unter kapitalistischen Bedingungen nimmt die Armut weltweit zu. Suche nach Resten auf einer Müllhalde bei Moskau

Geld ist nichts anderes als ein Tauschmittel, ein rechnerisches Gegenstück für die existierenden materiellen Werte. Würden die Arbeitslosen ausgebildet und könnten arbeiten, würde das unter dem Strich keine Kosten verursachen, sondern zusätzlichen Reichtum für die Gesellschaft schaffen. Die einen produzieren Lebensmittel, die anderen die Steine für die Häuser, alle werden dadurch wohlhabender und zufriedener, es gäbe mehr zu verteilen.

Nur kommen heute diese Faktoren nicht zusammen. Die Gesellschaft verzichtet darauf, den Wohlstand zu mehren. Stattdessen herrscht in vielen Bereichen Mangel an den einfachsten Dingen des Lebens, während auf den Märkten ein erbitterter Konkurrenzkampf herrscht und Überkapazitäten aufgebaut werden.

Sind die Menschen zu gierig, egoistisch, dumm? Ist es zu schwierig, all dies zu planen, scheitert es an der schieren Größe der Aufgabe?

Egal, wie schlau oder dumm, wie gierig oder bescheiden „der Mensch“ ist: in einem marktwirtschaftlichen, kapitalistischen System können die oben beschriebenen Faktoren nicht zusammenkommen.

Um etwas zu produzieren, müssen viele Teile der Gesellschaft in verschiedenen Ländern zusammenarbeiten, vom Abbau der Rohstoffe bis zu ihrer Verarbeitung. Anders als im Mittelalter, als der Bauer

same Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder.

Um für alle sechs Milliarden Menschen elementare Bildung, Gesundheitsversorgung, ausreichende Ernährung, sauberes Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen zur Verfügung zu stellen, wären jährlich rund 40 Milliarden Dollar erforderlich, weniger als vier Prozent des Vermögens aller Superreichen (Bericht der Vereinten Nationen, 1998).

Daß mit diesem System etwas nicht stimmt, ist nicht schwer zu erkennen. Nur hoffnungslose Zyniker und Profiteure des Systems können aus voller Überzeugung sagen, alles wäre prima. Welche Möglichkeiten zur Veränderung gibt es?

Die Fortschrittsgläubigen betrachten die heutigen Probleme als Überbleibsel der Rückständigkeit. Wirtschaftliche Unerfahrenheit in Afrika, Hinterlassenschaften der heruntergewirtschafteten „kommunistischen“ Länder im Ostblock. Der Fortschritt wird all dies lösen, meinen sie. Doch trotz aller technischen und wissenschaftlichen Neuerungen hat sich die Lage für viele Menschen verschlechtert. Trotz gewaltiger Fortschritte in der Medizin sind längst überwunden geglaubte Seuchen wie Tuberkulose und Diphtherie auf dem Vormarsch, Krankheiten die durch einfache hygienische und soziale Maßnahmen bekämpft werden könnten. Der wissenschaftliche Fortschritt in der Chemie



Die Börsen sind im Kapitalismus wahre Schaltstellen der Macht. Hier entscheiden Spekulanten über Wohl und Wehe von Millionen Menschen

Die Planung des Marktes



Berliner Krankenhausbeschäftigte protestieren gegen Marktwirtschaft im Gesundheitswesen

des Profitmotivs und der Angleichung der Lebensverhältnisse entfällt die Motivation, ein T-Shirt um den Globus zu schicken, um es hier zu nähen, dort bedrucken zu lassen und im dritten Land zu verkaufen. Der unsinnige Transport von identischen Milchprodukten von Norddeutschland nach Bayern und umgekehrt würde entfallen, die absurde Produktvielfalt des Kapitalismus, die nichts anderes ist als Gleichmacherei mit bunter Verpackung würde in wirkliche Vielfalt verändert werden.

Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß die Voraussetzungen für einen Übergang zu einer Gesellschaft geschaffen wurden, die die Bedürfnisse der Menschheit deckt, nicht nur ein Dach über dem Kopf und etwas zu Essen sichert, sondern kulturelle Betätigung und ein selbstbestimmtes, individuelles Leben ermöglicht. Doch er preßt diese Kräfte in die Zwangsjacke des Profits, neue Erfindungen schaffen nur den Durchbruch, wenn sie profitbringend verwendet werden können.

In den Planwirtschaften Osteuropas wurden die Produktivkräfte von der Konkurrenz und der Jagd nach dem Profit befreit. Das hatte enorme Aufbauleistungen zur Folge, solange diese Länder die schwerindustrielle Entwicklung der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder nachholten. Aber die Bürokratie, die jegliche Kritik wegen des eigenen Machterhalts unterdrückte, war nicht in der Lage, eine moderne Wirtschaft aufzubauen.

Der Markt reguliert die Wirtschaft, brutal und chaotisch, durch diese Regulierung werden Teile der Welt zu Hunger und Armut verdammt, durch diese Regulierung ist eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit entstanden. Eine geplante Wirtschaft kann auf eine Regulierung nicht verzichten. Ohne den Überblick

über den Bedarf, die Produktionskapazitäten, ohne Ziele und Absprache, würde solch eine Wirtschaft im Chaos oder der Stagnation enden. Doch nur die demokratische Kontrolle der Produzenten selber kann die Wirtschaft harmonisch und mit geringen Reibungsverlusten regulieren.

In den ersten Jahren der Sowjetunion hatte die revolutionäre Regierung nur wenige Experten zur Verfügung. Große Teile der technischen Elite standen der Revolution feindlich gegenüber, sabotierten die Wirtschaft. Die Arbeiter waren unerfahren in der Leitung der Betriebe, viele standen an der Front. Sie kämpften mit Überstunden für den Erhalt ihrer Wirtschaft, bis zur Erschöpfung. Die Wirtschaft wurde reorganisiert, das Land wiederaufgebaut.

Heute ist die Arbeiterklasse in einer wesentlich günstigeren Lage, vor allem in Europa, Japan und den USA. Die meisten Beschäftigten sind keine ungelerten Arbeiter, sie haben eine Ausbildung, viele ArbeitnehmerInnen haben sowohl kaufmännische Kenntnisse als auch technisches Wissen und kennen sich in der Datenverarbeitung aus. Eigentümerkapitalisten, die ihren Betriebe selber führen, gibt es kaum noch. Die Aktionäre lassen führen, aber sie haben selber keine Ahnung vom Betrieb.

In vielen Betrieben gibt es „flache Hierarchien“, „Teamarbeit“ und ähnliches. Diese werden heute vor allem als Methode benutzt, die ArbeitnehmerInnen in die Verantwortung einzubeziehen, um die Arbeitsintensität zu erhöhen. Aber sie sind auch ein Eingeständnis, daß die Chefs nicht benötigt werden, daß die Beschäftigten ihren Betrieb selbst führen können.

Heute würde die Arbeitszeit mit einem Schlag stark reduziert werden und die

Arbeit auf alle aufgeteilt werden können. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung einer Arbeiterdemokratie. Durch die Befreiung von mehreren Stunden Arbeit täglich würde ein enormes Potenzial freigesetzt, die ArbeitnehmerInnen hätten die Möglichkeit, sich weiterzubilden und Aufgaben bei der

Führung ihres Betriebes und der Koordination der Wirtschaft zu übernehmen. Lenins Losung, daß jeder Koch auch Premierminister werden können müsse, war damals kühn, heute wäre es die gesellschaftliche Wirklichkeit. Neben ihrer Arbeit sind heute 30 Prozent der Bundesbürger ehrenamtlich aktiv und verbringen mit ihrer Tätigkeit durchschnittlich 20 Stunden im Monat (Umfrage des Emnid-Institutes). Diese Bereitschaft zu sinnvoller, Zufriedenheit schaffender Tätigkeit, die viele als Gegengewicht zu einer stupiden Arbeit empfinden, könnte in einer demokratischen Planwirtschaft voll entfaltet werden.

Widerstand gegen den Neoliberalismus

In den Nachkriegsjahren herrschte unter Sozialdemokraten und selbst unter Konservativen die Ansicht, daß bestimmte Sektoren der Wirtschaft – Verkehr, Bildung, Gesundheitswesen, Energie, Telekommunikation, teilweise auch Grundstoffindustrien wie Bergbau und Stahl – öffentlich sein sollten, damit die Wirtschaft auch politisch und sozial kontrolliert werden könne.

Heute wird alles privatisiert, das heißt, die mit öffentlichen Geldern aufgebauten Werte werden an Private verkauft. Der Grund ist nirgendwo die Verbesserung der Versorgung, mehr Bürgernähe oder was immer behauptet wird. Privatisierte Betriebe dienen als Anlagemöglichkeit für Kapital, das nach profitabler Verwertung sucht. Dies führt zur Ausschachtung von Betrieben, zur Verteuerung und zur Ausdünnung von Dienstleistungen, gesellschaftlicher Nutzen entsteht keiner. Im Gesundheitswesen und im Nahverkehr hat es in den letzten Jahren trotz neuer Techniken und Verfahren keinen Fortschritt für die Nutzer gegeben, sondern nur Verschlechterungen. Allerdings haben Konzerne ihre Gewinne steigern können.

Die Privatisierung aller Lebensrisiken, die Ausschachtung aller Aspekte menschlichen Lebens von der Erbinformation bis hin zum Tod für die profitable Verwertung treibt weltweit ArbeitnehmerInnen, Bauern, Jugendliche und Frauen in die Opposition gegen die Herrschaft

der Konzerne. In Seattle demonstrieren im letzten Jahr über 50.000 gegen die Allmacht der Reichen und ihrer Regierungen. Sie störten erfolgreich den Ablauf des WTO-Gipfels.

Noch richten sich die Bewegungen gegen den „Marktradikalismus“ oder „Neoliberalismus“ gegen die Auswirkungen des Kapitalismus, nicht gegen das System selbst. Die Führer der Gewerkschaften, reformistischen Parteien und von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) setzen alles daran, die Bewegungen und die Diskussion in diesem Rahmen einzugrenzen. Sie verstärken die Illusionen, man könne den Kapitalismus regulieren, indem man hier ein bißchen protestiert und dort mal die Sozialdemokraten an die Regierung wählt.

Allerdings wird sich diese Hoffnung zerschlagen. Der zur Zeit scheinbar so mächtige Kapitalismus mit seinen Aktien-Höhenflügen muß so schnell voranschreiten, weil er von seiner inneren Schwäche, seinen inneren Widersprüchen getrieben wird. Gewaltige Überkapazitäten wurden aufgebaut, die Aktienkurse stehen weit über ihrem Wert, die darin manifestierten Profiterwartungen werden auch in mehreren Jahrzehnten nicht realisiert werden.

Die Konzerne sind aus der inneren Logik ihres Systems heraus gezwungen, mit den Attacken auf den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen weiterzumachen. Weltweit befindet sich die arbeitende Klasse auf einer Rutschbahn nach unten. Dies wird durch sozialdemokratische Regierungen oder zahnlose Proteste der Gewerkschaften nicht aufgehalten werden.

Aus der Realität des Kapitalismus in den nächsten zehn Jahren wird sich bei ArbeiterInnen, Jugendlichen, Frauen und armen Bauern die Erkenntnis ergeben, daß es eine Alternative zum Markt geben, daß die Diktatur des Marktes über die Produzenten beendet werden muß. Das ist kein schöner Traum, sondern ökonomische Notwendigkeit geworden ist, dass sie selbst die Produktion, die Verteilung und ihr gesamtes Leben in die eigenen Hände nehmen.

Bürokratie erdrosselt Planwirtschaft

Die Frage ist nicht, ob Planung als Methode in der Wirtschaft eingesetzt wird. Die Fragen sind, zu welchem Zweck geplant wird, für die Abdeckung der Bedürfnisse der Menschheit oder für die Erzielung des größtmöglichen Profits und von wem, von untereinander in Konkurrenz stehenden Konzernen oder von der organisierten arbeitenden Bevölkerung.

Als Beispiele für die Unfähigkeit einer geplanten Wirtschaft dienen die Sowjetunion und der Ostblock, der nach 1989 zusammenbrach. Bilder von niedrigem Lebensstandard und maroden Betrieben bestimmen bei allen Berichten das Bild dieser Länder. Nach bundesdeutschen Maßstäben war der wirtschaftliche Zustand kläglich, doch im Weltmaßstab sah das anders aus. Den Massen in der Sowjetunion ging es damals besser als der Mehrheit der Weltbevölkerung, die Grundbedürfnisse waren gedeckt. Allerdings konnten die Staaten nicht den sozialistischen Anspruch einlösen, den Kapitalismus zu überholen und ein produktiveres System aufzubauen, sondern gerieten ab den 70er Jahren in eine Krise und blieben immer mehr hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurück.

Die revolutionären Sozialisten in Rußland, die Bolschewiki, hatten nie die Vorstellung, allein im rückständigen Rußland eine fortgeschrittene Gesellschaft, den Sozialismus, aufzubauen. Sie sahen die Revolution in Rußland als den ersten Schritt einer internationalen Revolution. Ohne die Verbindung mit der entwickelten Technik Westeuropas und der USA und der dortigen Arbeiterklasse, so meinte Lenin, wäre die Revolution vom Scheitern bedroht. Zur Unterentwicklung kamen die Folgen des Bürgerkrieges hinzu, als sich der Arbeiterstaat gegen die bewaffnete Konterrevolution und ausländische Interventionstruppen behaupten mußte. Trotz dieser Umstände stürzte sich die von der Revolution begeisterte Industriearbeiterschaft in die Arbeit und schaffte es mit enormen Anstrengungen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Doch auf politischer Ebene war die Macht der demokratischen Arbeiterräte ausgehöhlt. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit und die Beseitigung der materiellen Not ermöglichten eine Teilnahme der Arbeiterklasse an der Verwaltung und Planung und somit den demokratischen Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft.

Die revolutionäre Regierung hatte zeitweilig Privilegien eingeführt und Kontrollmechanismen außer Kraft gesetzt, um die wenigen Spezialisten bei Laune zu halten und den Krieg zu überstehen. Es bildete sich auf der Grundlage der Mangelwirtschaft eine abgehobene Schicht von Funktionären heraus, die ein Interesse am Erhalt ihrer Privilegien entwickelte. Unter ihrem Repräsentanten Stalin entriß diese bürokratische Schicht der Arbeiterklasse in wenigen Jahren die politische Macht und thronte als besondere soziale Schicht auf der Planwirtschaft.

Aus Gründen der politischen Machterhaltung war sie gezwungen, die Planwirtschaft von oben zu regulieren. Sie schuf einen Polizeistaat und ein entsprechendes geistiges Klima. Kritik und freie Meinungsäußerung, die notwendi-

gen Mechanismen für den Aufbau einer Planwirtschaft, wurden außer Kraft gesetzt.

Die Bürokratie wurde somit zu einer Bremse der wirtschaftlichen Entwicklung. Doch trotz dieser Bremse erlebte die Sowjetunion einen unvergleichlichen Aufschwung. Von einem rückständigen Agrarland mit hoher Analphabetenrate wurde das Land bis zum 2. Weltkrieg in einen Industriestaat mit einem ausgebildeten Proletariat verwandelt.

Im II. Weltkrieg eroberten die deutschen Truppen den gesamten industrialisierten Westen der UdSSR. Trotzdem gelang es, die Industrie am Ural-Gebirge innerhalb weniger Monate neu aufzubauen und durch eine gewaltige Steigerung der Produktion die sowjetische Kriegsmaschine derart ins Laufen zu bringen, daß die Rote Armee die Niederlage Hitler-Deutschlands nahezu im Alleingang besiegelte.

Ein kapitalistisches Land hätte diese Entwicklung nicht vollziehen können. Nur das Nicht-Vorhandensein der Konkurrenz und des Profitprinzips, die zentrale Zusammenfassung der gesamten Volkswirtschaft und die ungeheure Motivation der sowjetischen ArbeiterInnen und Bauern konnten dies schaffen.

Auch nach dem Krieg wurde die Sowjetunion in zwei Jahrzehnten wiederaufgebaut und konnte zum Lebensstandard halb-entwickelter kapitalistischer Länder wie Portugal oder Griechenland aufschließen. Das Wachstum der Sowjetunion war größer als das der kapitalistischen Länder, obwohl sich das Land nicht auf die Ausbeutung der „3. Welt“ stützte, sondern aus politischen Gründen sogar wirtschaftlich unvorteilhafte Verbindungen einging, z.B. durch den Kauf von kubanischem Zucker weit über dem Weltmarktpreis.

Doch ohne die Einbeziehung der Produzenten und Konsumenten auf allen Ebenen muß die geplante Wirtschaft letztendlich scheitern. Trotzki, zusammen mit Lenin einer der Führer der Russischen Revolution und Gegner der stalinistischen Bürokratie, erklärte dies schon 1936 in seinem Buch „Verrätene Revolution“:

„Das Geschwür des Bürokratismus, das in der Großindustrie vielleicht nicht so offen ist, zerfrißt außer den Genossenschaften die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, die Kolchosen, die kleine örtliche Industrie, d.h., alle die Wirtschaftszweige, die der Bevölkerung am nächsten stehen ... Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich dreimal so teuer. Aber je weiter der Weg geht, umso mehr läuft die Wirtschaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie vom grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativfähigkeit voraus, d.h., Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.“



Mosambik

Heuchelei statt Hilfe



Viele Flüchtlinge warteten in Mosambik vergeblich auf Hilfe

Drei Wochen währte die Überschwemmungskatastrophe schon in Mosambik und einigen Nachbarländern, als sich die Bundesregierung bequemte, ein paar Hubschrauber nach Mosambik zu entsenden. „Warum setzte die deutsche und internationale Hilfe erst so spät ein? Warum in so bescheidenem Maße?“ wollte ein Leserbriefschreiber des Spiegel-Magazins wissen. Schließlich war die humanitäre Katastrophe offensichtlich.

Bis zu einer Million Menschen in Mosambik, schätzungsweise 800.000 im

Nachbarland Simbabwe, waren durch die Flutwelle obdachlos geworden. Ungezählte Menschen harrten auf Bäumen und Dächern aus. Männer, Frauen, Kinder waren ohne Nahrung und ohne sauberes Wasser. Das Bild von der Mutter, die ihr Kind auf einem Baum zur Welt brachte und gerettet wurde, ging um die Welt. Von denen, die entkräftet ins Wasser fielen und ertranken gibt es keine Bilder. Sicher ist, Menschen mussten sterben, weil internationale Hilfsmaßnahmen zu spät und nur spärlich anliefen.

Ein Vergleich zum Jugoslawien-Krieg vor einem Jahr drängt sich auf. Außen-

minister Fischer wollte damals angeblich eine humanitäre Katastrophe verhindern. Verteidigungsminister Scharping wirkte zeitweilig regelrecht ergriffen und gerührt, wenn er über das Leid der Menschen im Kosovo sprach, das es zu beenden er vorgab.

Ungerührt

Auffallend ungerührt ließ sie und die „fried- und menschenliebende“ Staatengemeinschaft dagegen das Leid der Flutopfer in Mosambik.

Ein Vergleich in Zahlen: Für den NATO-Krieg standen 1000 Flugzeuge

zur Verfügung, die 36.000 Angriffe flogen. Nach Schätzungen der Münchner Universität der Bundeswehr kostet ein einziger Tag des Luftkrieges zwischen 110 Millionen und 130 Millionen Mark. Die Gesamtkosten des Krieges (inklusive Militäreinsätze, Schäden, Kosten für humanitäre Hilfe) haben die Militärokonomen auf rund 43 Milliarden Mark hochgerechnet. Der Einsatz deutscher Soldaten in der Friedenstruppe dürfte jährlich eine Milliarde Mark erfordern. (Internetseite Hamburger Abendblatt, 9.6.1999)

Dagegen die Zahlen für Mosambik: Ein französisches Kriegsschiff, mit

sechs Hubschraubern an Bord, kreuzte zur Zeit der Flutkatastrophe zufällig vor der Küste Mosambiks. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums: „Beteiligungen an den Rettungsmaßnahmen sind nicht geplant“. Der deutsche Bundesgrenzschutz und die Luftwaffe sandten, als die Flutwelle bereits wieder abebbte, sieben Hubschrauber. Die Bundesregierung stellte ziemlich spät als „Soforthilfe“ 10 Millionen DM zur Verfügung. Die Geberländer haben Mosambik die Rückzahlung seiner Kredite gestundet, aber die Schulden nicht erlassen. Sie wissen, dass das Land pleite ist und holen sich ihr Geld zurück, sobald es wieder den ersten Pfennig zahlen kann.

Wahnsinn weltweit

Die eiskalte Untätigkeit der Regierungen angesichts der Menschen, die in Mosambik um ihr Leben kämpften, hat nur ein grelles Schlaglicht auf den Wahnsinn geworfen, der sich weltweit jeden Tag abspielt. Während jährlich 1,4 Billionen Mark für die Rüstung ausgegeben werden, sterben im gleichen Zeitraum mehr als 4 Millionen Kinder an Hunger und Unterernährung.

Angesichts dieser Tatsachen müssen wir dem Schreiber des Leserbrief leider sagen, dass seine Frage falsch gestellt ist. Die Frage lautet: Warum haben die Bundesregierung und andere Länder im Fall Mosambik überhaupt ein paar, wenn auch mehr symbolische, Hilfsmaßnahmen ergriffen, wo es sie doch sonst auch nicht kümmert, ob Menschen verhungern, ertrinken oder erfrieren? Die Antwort auf diese Frage lautet: es war wohl mehr ein Zufall. Die Witwe des verstorbenen Präsidenten von Mosambik ist mittlerweile die Ehefrau von Nelson Mandela. Auf ihr Bitten veranlasste der ehemalige Präsident Südafrikas, dass das Land sechs Hubschrauber zur Verfügung stellte. Das war auch nicht viel für das Land mit der stärksten Armee in der Region, aber sie retteten im Dauereinsatz 15.000 Mosambikaner von Hütten und aus Baumkronen. Die Fernsehbilder gingen um die Welt und setzten Regierungen unter Druck, die eigentlich nie die Absicht hatten, zu helfen. Für den normalen Menschen ist solch ein Verhalten tatsächlich schwer zu verstehen, aber Leute wie Scharping und Fischer sind eben genauso heuchlerisch und menschenverachtend wie das kapitalistische System, das sie vertreten.

Georg Kümmel, Köln

Australien: Bauarbeiter im Kampf

Der Arbeitgeberverband der Bauunternehmer in Victoria State, Australien, kündigte Anfang März eine dreimonatige Massensperrung an. Dahinter steckt die Absicht, die Bauarbeiter auszuhungern, bis sie wieder an die Arbeit gehen. Die Arbeiter hatten einen Kampf begonnen, um die 36-Stunden-Woche und 24% Lohnerhöhung (in drei Jahren) zu erreichen. Das ist der siebte Aussparungsversuch. Sechs vorhergehende sind bereits gescheitert.

Die Einstellung der Bauarbeiter dazu ist, daß sie mit Bolzenschneidern zur Arbeit erscheinen wollen. Wenn die Tore verschlossen sind, wollen sie sich damit Zugang zu den Baustellen verschaffen und sie besetzen.

Mit ihren Forderungen wollen die Arbeiter nicht nur einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten, sondern auch einen Anteil an den Profiten, die in der boomenden Branche derzeit eingefahren werden.

„Gerade jetzt sind wir auf der Höhe eines Booms - die Bosse verdienen jede Menge Geld mit unserer Arbeit. Wir haben ein Recht auf einen Teil vom Gewinn.“ schreibt Ben Matthews, Mitglied der Gewerkschaft CFMEU, in der Bauarbeiter, Waldarbeiter, Bergleute und Energieerzeuger organisiert sind.

Außerdem fordern die Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung auf 36 Wochenstunden. Zur Zeit werden in der Branche jede Menge Überstunden gemacht, um Fristen und Termine einhalten zu können. Kürzere Arbeitszeiten lassen den Arbeitern mehr Zeit für ihre Familien und schaffen Arbeitsplätze, weil die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt wird. „Es kann nicht sein, dass einige von uns 70 Stunden in der Woche schufteten, während andere rumsitzen und auf einen Anruf von der Zeitarbeitsfirma

warten. In Europa hat es bereits Arbeitszeitverkürzungen gegeben, sogar bis auf 35 Wochenstunden, aber ohne Lohnausgleich. Darum ist für uns die Lohnerhöhung um 24 % so wichtig.“

Die aktuelle Kampagne war im vergangenen Jahr auf Massenversammlungen von Gewerkschaftsmitgliedern, Betriebsräteversammlungen und Ortsgruppentreffen der Gewerkschaften beschlossen worden. Die Gewerkschaftsbasis in Victoria kritisiert die Führungen ihrer Gewerkschaft in anderen Regionen, wo diese kampflos 12,5% Lohnerhöhung ohne Zugeständnisse der Unternehmer in der Frage von Arbeitszeitverkürzung abgeschlossen hatte und sich damit gegen eine zuvor getroffene Entscheidung mit landesweiter Gültigkeit stellte.

Demgegenüber hat die Gewerkschaft der Heizungsbauer und Installateure zwar bereits Lohnerhöhungen erkämpft, wird aber erst gegen Ende des Jahres in den Kampf um Arbeitszeitverkürzung einsteige. Die Socialist Party in Australien, die Schwesterpartei der SAV, ist der Meinung, dass es besser gewesen wäre, wenn die Installateure gleichzeitig mit den Bauarbeitern gekämpft hätten. Aber das ist nur eine Frage der Taktik, nicht so gravierend wie die prinzipielle Weigerung in den vorgenannten Fällen, wo die Drohung mit der Arbeitszeitverkürzung nur als Hebel für Lohnerhöhungen eingesetzt wurde.

Inzwischen hat ein Propagandafeldzug gegen die 36-Stunde-Woche begonnen, angezettelt vom Verband der großen Bauunternehmer, mit Unterstützung der bürgerlichen Medien. Ben Matthews schreibt: „Sie behaupten, das wäre das Ende aller Investitionen in Victoria und überhaupt das Ende der Welt, so wie wir sie kennen. Diese Hetzpropaganda verbreiten sie immer, wenn wir etwas fordern. Das war so als wir für die 44-Stunden-Woche kämpften, dann als wir

für die 40-Stunden-Woche kämpften und ebenso, als wir für gleichen Lohn für Frauen kämpften.“

Die Gewerkschaft hat inzwischen Arbeitsverbote ausgerufen, um die Bosse unter Druck zu setzen. Sie bietet den Unternehmen, die aus der Verweigerungsallianz ausscheren an, diesen Bann wieder zu lösen, was von mehr und mehr Unternehmern auch genutzt wird. Die Bosse ihrerseits setzten auf Aussparungen. Unter den herrschenden Gesetzen ist der Handlungsspielraum beider Seiten während der Verhandlungen begrenzt. Tatsächlich ist die Rechtslage aber günstiger für die Bosse.

Die härtesten Arbeitgeber sind die großen Unternehmer, besonders die, die sich die Erfüllung der Forderungen am ehesten leisten könnten. Sie beschäftigen selbst nur eine Handvoll Arbeiter auf jeder Baustelle und nutzen die nicht-organisierten Subunternehmer als Rammbock gegen die Gewerkschaften.

In ihren Aktionen sind die Bosse nicht wählerisch. Colin Reddie, ein Betriebsrat, ist von Schlägern verprügelt worden, worauf mehrere Hundert Arbeiter spontan die Arbeit niederlegten und vor der Zentrale des Bauunternehmer-Dachverbands MBA demonstrierten. „Es wird nicht leicht, aber nichts Gutes bekommt man leicht. Wenn wir in diesem Aufschwung keine Verbesserungen erkämpfen, wird die nächste Rezession erst recht hart.“ schreibt Ben Matthews.

Die Socialist Party in Australien ist der Meinung, dass die Bauunternehmer Zugeständnisse machen werden, wenn die beteiligten Gewerkschaften gemeinsam kämpfen.

Nach einem Bericht von Ben Matthews, Australien

No justice - no peace

Polizeigewalt gegen Minderheiten ist in den Vereinigten Staaten nicht eine Sache, die zwischen durch passiert, jedeR Afro-AmerikanerIn, Latino oder indianischstämmige AmerikanerIn ist sich der Tatsache bewußt, dass willkürliche Polizeimaßnahmen Methode haben und kein Polizist Angst haben muss, wenn er das Gesetz seinerseits überschreitet. Seit dem Fall Rodney King ist aber klar, dass es Ereignisse gibt, die das Fass zum Überlaufen bringen. 1992 kam es zu Aufständen in zahllosen amerikanischen Ghettos, nachdem sechs weiße Polizisten minutenlang auf den am Boden liegenden King eingepöbeln hatten.

Viele haben damals versucht, diesen Vorfall als Tat einzelner rassistischer Polizisten oder Departments darzustellen. Der Fall von Amadou Diallo in der Bronx in New York zeigt jedoch, das solches Verhalten der Polizei gang und gäbe ist. Die Linie der New Yorker Polizei ist seit mehreren Jahren einem Motto unterworfen, an dem sich Sicherheitsexperten auf der ganzen Welt ein Beispiel nehmen: „zero tolerance“ (Null Toleranz). Dieses Motto bedeutet einen Freibrief für die Polizei. Alles ist erlaubt, besonders in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Schwarzen. Schwarze Jugendliche wurden Mitte der 90er mehrfach mit dem Ausdruck „menace to society“ (Gefahr für die Gesellschaft) belegt. Die Rap-Gruppe C.E.B. formte daraus den zutreffenden Reim: „They say I'm a menace to society - but society is a menace to me“ (Sie sagen, ich sei eine Gefahr

für die Gesellschaft - doch die Gesellschaft ist eine Gefahr für mich). Für Amadou Diallo bedeutete „zero tolerance“, von 41 Kugeln durchlöchert zu werden, als er zu seiner Brieftasche griff. Es war keine Aufforderung zu hören, die Hände zu heben - der 22jährige, unbewaffnete Diallo wurde auf den bloßen Verdacht hin, dass er eine Waffe hätte haben können, erschossen. Das Gerichtsurteil: Alle vier Beamten wurden in allen Punkten freigesprochen.

Sie haben die Gerichte - wir haben die Straße

Seit der Verkündung des Gerichtsurteils häufen sich die Proteste überall in Amerika. Tausende gingen am 25. Februar, dem Jahrestag des Mordes, auf die Straße. Auch in den darauffolgenden Tagen gab es in immer mehr Städten Demonstrationen, teils organisiert, teils spontan, wie von SchülerInnen der Lincoln High School in Jersey City. Die Demonstranten hielten ihre Brieftaschen in die Luft und riefen der Polizei zu: „It's a Wallet. Shoot me!“ (Erschießt mich, es ist eine Brieftasche!) Die Polizei antwortete mit hunderten von Festnahmen. Den Leuten ist längst klar, dass es kein Vertrauen in die Gerichte oder die Regierung geben darf, denn die Verteidigen nur die Rechte der Reichen und Privilegierten. Unsere Rechte müssen wir selbst verteidigen. Ob in Watts, Compton, Berlin Mitte oder Kassel Helleböhn: There's no justice - there's just us! (es gibt keine Gerechtigkeit, es gibt bloß uns).

David Schultz, Kassel

SAV Aachen kandidiert zu den Landtagswahlen in NRW

Gegen Korruption und Kapital

Kaum noch ein Mensch glaubt daran, dass es in diesem Land unkorrupte Politiker gibt. 57% der Menschen in Deutschland fühlen sich keiner Partei zugehörig. Das ist nicht verwunderlich, denn es ist nicht nur so, dass die etablierten Parteien korrupt sind; sie haben sich zudem entschlossen, alleamt die Interessen der Reichen und Superreichen zu vertreten. Die SAV meint, dass es keine Lösung sein kann, sich frustriert zurückzuziehen und den etablierten Parteien das Feld zu überlassen.

Die einzige Alternative zu Korruption, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ist die, dass die arbeitenden und arbeitslosen Menschen und die Jugend sich zusammenschließen und sich an dem Aufbau einer neuen Arbeiterpartei beteiligen. Das wird das Hauptanliegen der SAV in diesem Landtagswahlkampf sein: Mischt Euch ein, organisiert Euch und kämpft mit der SAV für eine Gesellschaft, die nicht sich an den Profiten einer kleinen Minderheit orientiert, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Vordergrund stellt. Diese Gesellschaft wird es solange nicht erheben und uns für diese Gesellschaft einsetzen

Aber wie wollt Ihr die Korruption in Euren eigenen Reihen verhindern? Wenn Ihr erst mal eine große Partei seid, dann werdet Ihr genauso korrupt sein, wie alle anderen. Das sind Meinungen, mit denen wir in unserer täglichen Arbeit auf der Straße konfrontiert werden und unsere Antwort darauf lautet: Die SAV steht dafür ein, dass all ihre Funktionäre und Mandatsträger rechen-schaftspflichtig sind gegenüber der eigenen Mitgliedschaft, als auch gegenüber ihren eigenen WählerInnen. Sie müssen ihre Einkommensverhältnisse offen legen und dürfen nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Damit soll gewährleistet werden, dass sie sich nicht von den Interessen und Lebensweisen derjenigen entfernen, die sie gewählt haben. Das reicht aber nicht aus.

Wer kann denn andere Korrumpieren um Entscheidungen in seinem Interesse zu erzwingen? Arbeitslose? Sozialhilfeempfänger? Asylbewerber? Jugendliche? Nein! Das können nur die, die in den Chefetagen der großen Konzerne und Banken und Versicherungen sitzen. Wer das Geld hat, hat die Macht. Sie haben das Geld, weil sie sich an der Arbeit derjenigen,

die für sie arbeiten bereichern. Dieses Geld gehört uns, denjenigen, die den Reichtum erarbeitet haben. Deshalb müssen wir auch die Kontrolle darüber erlangen. Dann können wir auch bestimmen, was damit passiert anstatt zusehen zu müssen, dass Arbeitsplätze vernichtet und Waffenschibereien erkauf werden.

Wir denken nicht, dass wir mit unseren Kandidaten direkt in den Landtag werden einziehen können. Aber wir wollen den Menschen mit unsere Kandidatur Mut und Hoffnung geben, deren Arbeitsplätze bei Talbot und Philips in Aachen bedroht sind, den Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen, die am Ende des Monats nicht mehr wissen, was sie ihren Kindern zu Essen geben sollen, den Jugendlichen, die nach der Schule Angst vor ihrer Zukunft haben.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt steht noch nicht fest, ob in Aachen eine der faschistischen Parteien zur Wahl antreten wird. Aber unsere Kandidatur soll auch eine Alternative zu den braunen Rattenfängern sein, die selbst in Korruptionsskandale verwickelt sind und Hand in Hand mit den Reichen und Superreichen arbeiten.

Tanja Niemeier, Aachen



Mirjam Alberti ist eine der beiden SAV-Kandidatinnen für die Landtagswahl in NRW. Die SAV setzt sich in Aachen seit Jahren offensiv gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen Sozialabbau und gegen Korruption ein.

Hessen: Bildung soll klein ge"koch"t werden!

Die hessische CDU hat ihre Spendenmillionen nicht nur in den rassistischen Wahlkampf gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gesteckt, das zweite Standbein ihrer Wahlkampagne war das Versprechen auf eine bessere Bildungspolitik. Nach der jahrelangen Mißwirtschaft des SPD-Kultusministers Hartmut Holzzapfel fiel auch diese Propaganda auf fruchtbaren Boden. Jetzt aber kommt raus, was sich die CDU unter dieser Bildungsreform vorstellt, und das ist ein Angriff auf der ganzen Linie.

Ob zentrale Abschlüsse an allen Schulen, Querversetzung nach der 5.Klasse, Wegfall der 13.Klasse, höhere „Schulsouveränität“ (das heißt selber bestimmen, wo zu wenig Geld da ist), Schul sponsoring oder Kürzungen bei integrativen Gesamtschulen: jedes Schreckgespenst konservativer Bildungspolitik

wird aus der Mottenkiste geholt.

Erster Widerstand regt sich bereits. Auf der Jakob-Grimm-Schule gab es eine Vollversammlung zum Thema Zentralabitur, vor der acht bis neun SchülerInnen SAV-Material zu dem Thema verteilten, später gab es noch eine Podiumsdiskussion zu den allgemeinen „Reformplänen“ der Regierung, bei der der CDU-Vertreter von allen Seiten Hartgas bekommen hat. Wir haben Kontakt zu SchülerInnen verschiedener Schulen, die mit der SAV zusammen ein Info-Faltblatt schreiben wollen, das an allen Kasseler Schulen verteilt werden soll. Auch die DGB-Jugend hat eine Unterstützung der Kampagne angekündigt. Wer Informationen zu dem Thema haben will, kann sich bei der SAV Kassel unter 0561/9223522 melden oder direkt zu unseren Treffen (siehe Infokasten S.10) kommen.



Köln: SAV gegen Sozialabbau und Privatisierung

Die SAV beteiligte sich an der Demonstration gegen die Abschaffung des Köln-Passes. Der Pass auf den 150.000 Kölnerinnen und Kölner mit wenig Geld angewiesen sind, um Vergünstigungen beim Bahn-Fahren oder kulturelle Angebote wahrnehmen zu können, wurde mit den Stimmen der CDU, FDP, Republikaner abgeschafft. SPD und Grüne wollen auf ein Bürgergehren für die Wiedereinführung verzichten, wenn ein Kompromiss bei den Verhandlungen um den neu einzuführenden Familien-Pass herauskommt. Die SAV lehnt diese Kompromiss-Verhandlungen genauso ab, wie die geplanten Privatisierungen, die von Rot-Grün in Köln vorbereitet und von Gelb-Schwarz nun umgesetzt werden. Um Arbeitsplätze und soziale Errungenschaften zu verteidigen, ist in den Augen der SAV ein Streik angebracht. Anfang April werden die von uns gesammelten Unterschriften für einen eintägigen Streiktag im gesamten Öffentlichen Dienst bei der ÖTV übergeben werden.

JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen
(in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Geschenk-Abo befristet, 10 Ausgaben zu 25 DM unbefristet

Ich verschenke das Abo. Bitte an folgende Adresse liefern:

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung für

- die Bezahlung meines VORAN-Abos
- eine monatliche Spende über ___DM

Kontoinhaber, Anschrift _____

Kontonr./ Bank/ BLZ _____

Ort, Datum _____



Flugblattverteil-Aktion der SAV-Kassel gegen das Zentralabitur

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 214 April 2000

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

SAV

(030) 440 84 29
Anrufen, Informieren, Mitmachen

Sozialismus 2000



Ein Wochenende voller
Informationen,
Diskussionen und
Debatten

Berlin
21.-23. April

Alte Feuerwache, Axel-
Springer-Str. 40-41
(ehemals Lindenstr.)
Berlin-Kreuzberg

(Zweiter Eingang an der Oranienstraße 96,
links neben der Bundesdruckerei)



Joe Higgins auf einer Demo gegen Privatisierung der Wasserwirtschaft und Schlagzeile der irischen Zeitung „The Star“: Abgeordneter Joe gibt 20.000 Pfund (45.000 DM) von seinem Lohn ab.

Abgeordneter mit Arbeiterlohn

Prominentester Redner bei dem „Sozialismus 2000 Wochenende“ ist Joe Higgins, Abgeordneter der Socialist Party (SP) im irischen Parlament. VORAN sprach mit ihm:

Wie kannst Du die Position im Parlament für sozialistische Politik nutzen?

Die Erfahrung der Sozialistischen Partei, nachdem wir seit zweieinhalb Jahren einen Vertreter im Parlament haben, zeigt zweifelsfrei, dass diese Position sehr effektiv genutzt werden kann, um unsere Ideen zu verbreiten und den Bekanntheitsgrad der Partei zu erhöhen. Auch wenn die Medien nicht über jeden Auftritt im Parlament berichten, müssen sie doch die wichtigsten Initiativen berichten. Das bedeutet, dass die Ideen der SP eine Verbreitung durch landesweite Radiosendungen, Zeitungen und manchmal auch das Fernsehen finden. Ich rede auch auf vielen Versammlungen, die von unseren Ortsgruppen überall im Land durchgeführt werden; dadurch konnten wir schon einige neue Ortsgruppen gründen. Die Position eines Abgeordneten kann auch eine Rolle bei der Unterstützung von Arbeiterkämpfen spielen. So waren wir zum Beispiel bei der Unterstützung für Bauarbeiter, die für bessere Sicherheitsmaßnahmen auf den Baustellen gekämpft haben, sehr engagiert.

Die Zeit für die ganze Arbeit zu finden ist allerdings manchmal ein Problem. Ich muss das richtige Gleichgewicht zwischen Interventionen im Parlament, Interventionen in die Arbeiterbewegung, in Bürgerinitiativen und Kämpfe vor Ort und der notwendigen Arbeit zum Aufbau der Sozialistischen Partei finden. Zusätzlich gibt es

viele Fälle von Menschen, die in meinem Wahlkreis in Dublin West wohnen, die mit ihren individuellen Problemen auf mich zukommen. Jeder dieser Fälle muss bis zu einem Ergebnis verfolgt werden. Aber die wichtigste Rolle eines sozialistischen Abgeordneten ist, und das darf nie aus dem Auge verloren werden, eine starke Alternative zu den Parteien des Kapitalismus und der bankrotten Politik der Sozialdemokratie aufzubauen.

Was unterscheidet Dich von anderen Abgeordneten?

Eines der Prinzipien durch die ich mich als sozialistischer Abgeordneter erhebe ist, dass ich von einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn lebe und alle Bezüge, die darüber hinaus gehen, spende, um den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu fördern. Unsere Parteimitglieder werden regelmäßig über meine Einnahmen und Ausgaben unterrichtet und über die Spenden die an die Partei und viele andere Kampagnen gemacht werden.

Wir könnten die Abgeordnetenposition in Irland auch international nutzen. Die SP ist Teil einer sozialistischen Internationale, dem Komitee für eine Arbeiterinternationale, dem auch die SAV angehört. Ich habe viele Länder besucht und auf Veranstaltungen von Mitgliedsparteien dieser Internationale gesprochen. Internationalismus ist ein entscheidender Bestandteil des Kampfes für eine sozialistische Alternative und daher auch eine wichtige Verantwortung für mich als sozialistischem und internationalistischem Abgeordneten.

„Wenn ich Premierminister wäre“

Joe Higgins wurde, wie andere Kandidaten auch, von einer Zeitung gefragt, was er machen würde, wenn er Premierminister von Irland wäre. Hier einige Fragen und seine Antworten:

Was wäre Ihre Wahlparole?

Die Bedürfnisse der Menschen sind wichtiger als die Profitsucht der Großkonzerne – Ihre Stimme für demokratischen Sozialismus.

Ihr wichtigstes Wahlversprechen?

Eine Regierung für die arbeitenden Menschen, deren Minister nur einen durchschnittlichen Arbeiterlohn erhalten und keine Privilegien haben.

Wie würden Sie das Geld für ihren Wahlkampf aufbringen?

Keine Spenden von Großkonzernen sondern hunderte kleiner Spenden von einfachen Leuten.

Wer wäre Ihr „spin-doctor“ (politischer Berater)?

Jemand mit dem Auftrag, die Wahrheit zu sagen anstatt sie zu verdrehen.

Wie würden Sie mit dem Bankenwesen des Landes umgehen?

Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Verwaltung, Kontrolle und Rechenschaftspflicht.

Anmeldung

- Ich brauche einen Schlafplatz in Berlin
- Ich brauche eine Mitfahrgelegenheit
- Ich brauche Kinderbetreuung für _____ Kinder

Ohne Moos nix loos!

Eine Teilnahmekarte für das ganze Wochenende kostet 20 DM. Tageskarten kosten: Freitag 5 DM, Samstag u. Sonntag je 10 DM. Mittagessen wird angeboten. Für TeilnehmerInnen, die mit der SAV aus anderen Städten anreisen, beträgt der Gesamtpreis inklusive Teilnahme, Übernachtung, Verpflegung und Fahrtkosten 90DM

Name, Telefon _____

Adresse _____

Infos
(0221) 13 45 04

Kto.-Nr.: 250059430
BLZ: 360 100 43
Bank: Postbank Essen

Abgeben am Infostand der SAV, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder senden an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon: (0221) 13 45 04
Fax: (0221) 13 72 80
e-mail: savbund@aol.com